

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Karlsplatz 18. • Telefon: 20795, 31469. • (Kaufverhältnisse): 20797 • Postamt: 37544

11. Jahrgang.

Freitag, 11. Dezember 1931

Nr. 288.

## 336.874 Arbeitslose in der Tschechoslowakei.

Prag, 10. Dezember. Nach einer Mitteilung des Fürsorgeministeriums ist die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik nach den vorläufigen Zahlungsergebnissen Ende November auf 336.874 gestiegen. Ende Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen nach den definitiven Zahlungsergebnissen 254.201.

Die Zahlung erfasst bekanntlich nur diejenigen Arbeitslosen, die sich bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungsinstituten vergebens um Arbeit gemeldet haben; in Wirklichkeit ist also die Arbeitslosenziffer noch um ein Bedeutendes höher.

## Französische 500 Millionenanleihe an die Tschechoslowakei?

Konflikt des Finanzanschlusses mit der Regierung.

Paris, 10. Dezember. Der Finanzanschuß der Deputiertenkammer sollte sich heute auf Ersuchen der französischen Regierung u. a. auch mit der Frage befassen, ob die Zustimmung des Parlamentes zur Gewährung einer Anleihe von 500 Millionen französischen Franken an die Tschechoslowakei notwendig wäre. In dieser Angelegenheit faßte der Anschuß folgenden Beschluß:

Der Finanzanschuß ist der Ansicht, daß er die Befugnis der Kammer schädigen würde, wenn er seine Ansicht über eine Vorlage äußern sollte, die offiziell in der Kammer nicht eingebracht wurde, und beschließt daher, trotz allen Sympathien für die Tschechoslowakei zur Tagesordnung überzugehen.

Vorher befaßte sich der Finanzanschuß mit den Krediten, welche die französische Regierung Ungarn und Jugoslawien gewährt, und betraute drei seiner Mitglieder damit, gemeinsam mit drei Mitgliedern des Ausschusses der Deputiertenkammer, die diese Vorschüsse betreffenden Dokumente zu prüfen.

## Resolution einstimmig angenommen.

Borbehalte Japan und Chinas.

Paris, 10. Dezember. Der Völkerbundsrat hat in seiner heute nachmittags abgehaltenen öffentlichen Sitzung, nachdem beide Parteien Erklärungen abgegeben haben, den Resolutionsentwurf zum japanisch-japanischen Streitfall einstimmig angenommen.

Der japanische Delegierte gab die Erklärung ab, daß seine Regierung den Resolutionsentwurf annehme, jedoch zu Paragraph 2 den Vorbehalt mache, daß die japanischen Streitkräfte in der Mandchurien nicht an irgendeiner Aktion teilnehmen dürfen, die zum Schutze des Lebens und Eigentums japanischer Untertanen notwendig werden könnten.

Dieser Vorbehalt wurde auch der chinesische Delegierte Dr. Zhe verschiedentlich Vorbehalte. Der einzige Weg zur Wiederherstellung des normalen Lebens und des Friedens sei die beschleunigte Zurücknahme der japanischen Truppen. China könne nicht die Besetzung und Invasion seines Gebietes durch Truppen irgendeiner fremden Macht dulden und dies um so weniger, als diese Truppen sich die Polizeigewalt der chinesischen Behörden anmaßen. Die Annahme der Resolution bedeute auch nicht, daß China von seinem bisherigen Standpunkt abgibt, Militärstreitkräfte in der Mandchurien aufrecht zu erhalten.

## Bomben...

Peking, 10. Dezember. Japanische Angler warfen gestern früh über Tschangtschang und Tamsu an der Pakulie nach Nutschwang zahlreiche Bomben ab.

## Arbeitslosenunterstützung

von zwei amerikanischen Senatoren beantragt.

Washington, 10. Dezember. (Neuer.) Gehern begann im Kongreß der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung, als zwei Senatoren einen Gesetzentwurf vorlegten, der die Bewilligung von Krediten in der Höhe von 325 Millionen und 250 Millionen Dollars als Hilfe für die Arbeitslosen fordert.

## Brüning droht mit der Reichstagsauflösung?

Berlin, 10. Dezember. Unter der Überschrift „Auflösung des Reichstages“ schreibt der „Vorwärts“:

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten einen Antrag auf Einberufung des Reichstages gerichtet und zugleich dem Reichstag den Antrag auf Aufhebung der vierten Rotverordnung des Reichspräsidenten zugehen lassen. Die Kommunisten fordern das gleiche. Die Nationalsozialisten dürften sich dem bald anschließen.

Die Regierung hegt noch immer die Hoffnung, daß sich im Reichstagsrat des Reichstages eine Mehrheit für dessen Einberufung nicht findet. Im anderen Fall hat sich der Reichspräsident bereit erklärt, dem Reichskanzler ähnlich wie im Oktober die Genehmigung zur Auflösung des Reichstages zu geben. Der Reichskanzler wird von diesem Angebot Gebrauch machen, falls der Reichstag eine Entscheidung gegen die vierte Rotverordnung fällt.

In diesem Falle werden mit den Reichstagswahlen im Jänner zugleich die preussischen Landtagswahlen vor sich gehen.

Berlin, 10. Dezember. Der Reichstagsrat des Reichstages ist nunmehr auf Mittwoch, den 15. Dezember einberufen worden. Ein früherer Zeitpunkt wurde nicht gewählt mit Rücksicht auf die am 15. Dezember stattfindende Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums. Auf der Tages-

## Ein neues Loch von einer halben Milliarde Mark.

Das Reichsbudget um 1,4 Milliarden gekürzt.

Berlin, 10. Dezember. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wies heute Reichsfinanzminister Dr. Dietrich darauf hin, daß der im März parlamentarisch verabschiedete Etat für 1931 um 1,4 Milliarden auf 9,3 Milliarden gekürzt worden sei. Gegenüber der Gesamtausgabe von 1930 liegt sogar eine Senkung um 2,6 Milliarden vor.

Nach dem heutigen Stand der Dinge müsse damit gerechnet werden, daß die Steuer- und Zolleinnahmen um weitere 200 Millionen Mark sinken. Es geht ferner fest, daß es nicht möglich ist, die nach dem Etat für den Verkauf vorgesehene 100 Millionen Mark Reichsbahnvorsorgeaktion unterzubringen; dazu treten etwa 50 Millionen Etatüberschreitungen für Winterhilfe und ähnliche Dinge, so daß ein neues Loch von etwa 400 bis 450 Millionen Mark eintritt. Ein Teil dieses Fehlbetrages wird aus dem Münzgewinn, durch Sparmaßnahmen, durch die neue Gehaltsförmung und die erhöhte Umsatzen für die Monate Jänner und Februar gedeckt. Durch die getroffenen Maßnahmen würde es möglich sein, durch zu kommen, vorausgesetzt, daß die Entwicklung der Wirtschaft sich im Winter nicht noch mehr als bisher verschlechtert.

Der Minister wies sodann zahlenmäßig nach, daß seit 1928 sich der Behördenaufwand des Reiches einschließlich der Gehälter und Pensionen ohne die Wehrmacht um fast ein Drittel verringert hat. Ein Vergleich mit den Aufwendungen des Jahres 1918 zeigt, daß die Beschuldigung unzutreffend sei, daß das Reich heute ver-

## Das Schuldenproblem.

Hoover für Wiedererrichtung der Kriegsschuldenkommission.

Washington, 10. Dezember. Präsident Hoover legte heute dem Bundeskongreß eine besondere Botschaft vor, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befaßt. In der Botschaft heißt es u. a.:

Beim Herannahen des neuen Jahres wird es klar, daß eine Anzahl von Regierungen, die uns Geld schulden, nicht in der Lage sein werden, weitere Zahlungen an uns im vollen Umfang zu leisten, solange sie sich nicht wirtschaftlich erholt haben. Es wird daher erforderlich sein, in einigen Fällen noch weitere einstweilige Reuegelungen zu machen. Aus diesem Grunde empfiehlt Hoover die Wiedererrichtung der Kriegsschuldenkommission, mit der Aufgabe, die Probleme, welche bezüglich dieser Schulden entstehen, zu prüfen und über das Ergebnis dem Bundeskongreß Bericht zu erstatten und Vorschläge zu unterbreiten.

ordnung der Reichstagsauflösung stehen die Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen auf Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zur neuen Rotverordnung des Reichspräsidenten.

## Für alle Eventualitäten gerüstet

Erklärungen Brüning's vor der Auslandspresse.

Berlin, 10. Dezember. Vor Vertretern der ausländischen Presse nahm heute Reichskanzler Dr. Brüning neuerlich gegen die Nationalsozialisten scharf Stellung und erklärte, daß die Intransigenz, die in letzter Zeit an ausländische Blätter gewährt wurden, im Auslande unrichtige Vorstellungen über die Verhältnisse in Deutschland hervorriefen. Es sei keineswegs zu verwundern, daß in Deutschland bei der langdauernden wirtschaftlichen Not und der moralischen Depression eine solche radikale Bewegung entstanden sei. Die Regierung verfolge aber mit Aufmerksamkeit die innerpolitische Entwicklung und sei für alle Eventualitäten gerüstet.

## Hitlers Romfahrt.

Rom, 10. Dezember. Als Termin für den Besuch Hitlers in Rom wird der Beginn des Monats Jänner genannt.

Landwirtschaft wirtschaftlich als früher. Deutschland habe jetzt eine Reichsausgabe von 2,5 Milliarden, während sie 1918 2,1 Milliarden betragen habe. Dabei dürfe nicht übersehen werden, daß die Aufwendungen für soziale Zwecke jetzt um 440 Millionen höher liegen als 1918. Im eigentlichen Reichsauswand steht Deutschland wieder genau da, wo es 1918 stand, wenn man Mark gleich Mark lege.

## Private Stillhalterverhandlungen in Berlin.

Berlin, 10. Dezember. Die Stillhalterverhandlungen zwischen dem deutschen Schuldnerausschuß und den Gläubigervertretern der beteiligten fremden Länder beginnen, wie angekündigt, morgen Vormittag, und zwar in den Räumen der Reichsbank. Es handelt sich, wie von zuständiger Seite erneut ausdrücklich betont wird, bei diesen Besprechungen lediglich um Verhandlungen zwischen privaten Finanzleuten, an denen die deutsche Regierung nicht unmittelbar beteiligt ist.

Basel, 10. Dezember. Der beratende Sonderausschuß ist heute erst um die Mittagsstunde zusammengetreten, um die Prüfung der deutschen Finanzlage fortzusetzen. Nachdem gestern die allgemeinen Fragen der Zahlungs- und Handelsbilanz vorläufig erledigt worden sind, ist der Ausführend heute zur Erörterung des deutschen Reichshaushaltes übergegangen.

Der heutigen Sitzung des Sonderausschlusses ging eine kurze Sitzung des Technischen Unterausschlusses voraus, der mit der Prüfung der statistischen Angaben beauftragt ist.

London, 10. Dezember. Die Neuter aus Washington meldet, daß die französische Regierung der amerikanischen Regierung formell mitgeteilt, daß eine Revision der Reparationsverpflichtungen von einer entsprechenden Herabsetzung der Kriegsschulden begleitet sein müsse.

## Vor der Ratifizierung des Hooverplanes

Washington, 9. Dezember. Schatzsekretär Mellon teilte heute mit, daß das Schatzamt demnächst dem Kongreß einen Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums vorlegen werde. Die Ratifizierung sei gewissermaßen sicher. Die Abstimmung hierüber wird aber nicht vor dem 15. Dezember erfolgen. An diesem Tage läuft die Frist ab, in der die Schuldnerstaaten ihre Jahresraten zu bezahlen haben. Die Lage würde sich für die Schuldnerländer beunruhigend gestalten, wenn das Moratorium nicht gebilligt würde.

## Agrarischer Nebel.

Die deutschen Landbündler sind bei jeder nur möglichen Gelegenheit bemüht, zu beweisen, daß sie die willenlosen Trabanten ihrer — mit Verlaub gesagt — „Brüder“ aus dem tschechisch-agrarischen Lager sind. Es ist bekannt, daß die großmächtigen Herren der Restpartei die Landbündler sehr wenig als „Gleichberechtigte“ halten, worüber diese auch schon lebhaft Klage geführt haben. Diese unwürdige Behandlung getrauen sich die Landbündler nicht abzutun und parieren blindlings den tschechischen „Freunden“. Wie es sich für Bajassen gehört, ist nun die „Deutsche Landpost“ ausgerufen, den vom „Sozialdemokrat“ ob seiner industriefeindlichen Rede kritisierten Landesverteidigungsminister Dr. Biskovsky zu verteidigen.

Als Herr Dr. Biskovsky nach der berühmten Präsidenten des noch berühmteren Bodenanwesens war, ließen an ihm die Landbündler allerdings kein gutes Haar. Jetzt aber rufen sie zu seiner Verteidigung mit allen, allerdings recht kläglichen, Mitteln aus. In Bausch und Bogen wirft die „Deutsche Landpost“ den deutschen Sozialdemokraten vor, daß sie geradezu grundsätzlich eine Verwirrung der Geister, daß sie eine — Vernebelungspolitik betreiben, daß die Vorkämpfer der Sozialdemokraten überheblich, ja blind seien, eine ungeheure Industrie- und sozialdemokratische Zeitungsarmee und Parlamentarier sich gleich den Industriellen nicht bemühen, tiefer in die Sache einzudringen.

Unwillkürlich wird man an das alte Sprichwort vom Saal und dem Esel erinnert. Es scheint, daß mit den Sieben, welche der tschechischen „Zad“ trafen, das deutsch-agrarische Graumier erst recht getroffen wurde. Schade, daß sich die „Deutsche Landpost“ zu der Behauptung aufschwängt, ihre Leute hätten schon viel früher als Minister Dr. Biskovsky das Absterben der Industrie, die Rückkehr zum antarken Agrarstaat des 17. Jahrhunderts gefordert.

Allen Respekt vor der Tiefe des agrarischen Denkens — aber bisher haben die agrarischen Volkswirtschaftler uns noch nicht gesagt, wie sie die jährliche Zunahme der Bevölkerung in der Höhe von 123.000 Personen und die hunderttausende Arbeitslosen samt ihren Familien in der Landwirtschaft unterbringen können. Man braucht wirklich kein einseitiger Industriellenanwalt wie Abg. Dr. Hodač zu sein, um sich gegen die Preisgabe der Exportindustrie zu wehren. Der bisherige Ueberfluß des Außenhandels von 31 Milliarden Kč seit Bestehen der Republik stammt doch vornehmlich aus der Industrie. Was würden die agrarischen Herrschaften wohl mit ihren Produktionsüberschüssen anfangen, wenn es keine Industriezentren mit zahlreichen großen Verbrauchern mehr gäbe?

Die deutschen Landbündler und ihre Befehlshaber aus dem tschechischen Lager machen sich die Sache trotz der angeblichen Tiefe ihres Nachdenkens gar zu leicht. Ihnen ist der längst nicht mehr zutreffende Spruch: „Wenn der Bauer Geld hat, hats die ganze Welt“ die einzige Richtschnur. Für sie existiert nur der „Bauer“, worunter man in erster Reihe den Großbauer und Restgutbesitzer zu verstehen hat; alles andere ist ihnen dienbar zu machen! Derunter mit den Löhnen, weg mit den „teueren“ Lasten der sozialen Fürsorge, dafür weniger Besitzsteuern, mehr Subventionen und erhöhte Zölle! Das ist die echt agrarische Profit-Philosophie. Zehnjährer Friedenszoll, keine Rücksicht auf die Nachbarländer als industrielle Abgabengebiete, umsonst Schutz zugunsten der Agrarkapitalisten, das ist agrarische Weltweisheit!

So sehr man auch die Notlage der Landwirtschaft begreift und bereit ist, das Möglichste für sie zu tun, kann doch kein ver-

### Spatentkrenzer schießen drei Kommunisten nieder.

Berlin, 9. Dezember. Anhänger der kommunistischen Partei hielten heute abend in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen 22 Uhr begaben sich einige Versammlungsteilnehmer auf den Heimweg. Als sie die Lohmeierstraße passierten, tauchten etwa 20 Nationalsozialisten auf, die sich sofort auf ihre Gegner stürzten. Sie feuerten mehrere Schüsse ab, durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden, der eine am Arm, der andere am Becken, der dritte am Hals. Dann ergriffen die Täter die Flucht. Man schaffte die drei Schwerverletzten nach dem Bestand-Krankenhaus, wo der eine, der den Halsbruch erhalten hatte, seinen schweren Verletzungen erlag. Die Polizei nahm neun Kommunisten und vier Nationalsozialisten fest.

nünftiger Mensch verlangen, daß alles andere, vor allem die Arbeiterschaft, den agrarischen Interessen geopfert wird. Die Agrarier können sich wirklich nicht beklagen, daß sie zu kurz kommen. In Deutschland erhält die Landwirtschaft in der Form von Zöllen jährlich 3,5 bis 4 Milliarden Mark, während deren gesamte Steuerleistung an Reich, Länder und Gemeinden jährlich nicht einmal 700 Millionen Mark beträgt. So ähnlich, wenn nicht schlimmer, liegen die Dinge bei uns! Und dabei kommen sie immer wieder mit neuen Forderungen. So verlangen die tschechischen Agrarier ein halbjähriges Steueramortatorium für kleine und mittlere Landwirte. Am liebsten würden sie begehren, daß der Staat das ganze Risiko der heutigen privatkapitalistischen Landwirtschaft zu tragen hat. Für die Sozialisierung ihrer persönlichen Schulden wären die Agrarier ohne weiteres zu haben. Der Gewinn aber soll „natürlich“ privatisiert bleiben.

In einem Antrag der landbündlerischen Senatoren für einen wirksamen Schutz der Viehwirtschaft klagt man über die jetzigen niedrigen Preise, welche für Rinder und Schweine bezahlt werden und verlangt schärfste Drosselung der Einfuhr. Man gibt hierbei zu, daß eine heimische Ueberproduktion an Rindvieh besteht, aber kein Wort wird von einem Abbau dieser Ueberproduktion, von der Einschränkung der Landwirtschaft gesprochen; ebensowenig von der Notwendigkeit, den geringen Konsum durch bessere Löhne zu heben. Wenn man bodhaft sein wollte, könnte man auf Agrarpolitiker wie Dr. Stralsch in Wien hinweisen, welche allen Ernstes behaupten, angesichts der ertragreicheren und billigeren Agrarproduktion in den außereuropäischen Ländern werde sich ein großer Teil der weniger rationellen Landwirtschaft Europas auf die Dauer trotz Schutzzölle nicht halten lassen.

Die „Deutsche Landwirtschaft“, die agrarischen „Philosophen“ werden also gut tun, etwas weniger auf die Sozialdemokraten loszudressieren und etwas mehr nachzudenken, ob ihre völlig einseitige agrar kapitalistische Politik überhaupt praktisch möglich ist. Ueber das Resultat des landbündlerischen Nachdenkens sind wir uns allerdings im klaren. Sie bleiben — vernebelt.

### Was lehrt Deutschland?

#### Ursachen und Lehren des Lohnabbaudekrets.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Arbeiter-Zeitung“ einen lehrreichen Artikel, aus dem wir einige Stellen hervorheben:

Es gibt sehr viele Feinde der Demokratie. Sie machen für all die Not und all das Elend, die der Zusammenbruch des Kapitalismus hervorruft, die Demokratie verantwortlich. Es gibt auch innerhalb der Arbeiterklasse aller Länder viele, die von der Demokratie enttäuscht sind. Ist es doch noch überall die Demokratie auf der Basis der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die von den kapitalistischen Klassen beherrscht und verfälschte Demokratie, die bürgerliche Demokratie. Aber allen denen, die den Wert der Demokratie, selbst der noch bürgerlichen Demokratie, unterschätzen, sollte Deutschland eine Lehre sein!

Bestünde in Deutschland noch die parlamentarische Demokratie, gäbe es dort noch keinen andern Gesetzgeber als den vom Volke gewählten, vor der ganzen Öffentlichkeit beratenden und beschließenden, dem Volke verantwortlichen Reichstag, dann bliebe der deutschen Arbeiterklasse diese allgemeine Lohnsenkung erspart. Nur weil in Deutschland seit der unseligen Septembervahlen 1930 die parlamentarische Demokratie nicht mehr besteht, nur weil dort nicht mehr der Reichstag die Gesetze gibt, sondern der Reichspräsident auf Antrag der Regierung sie dekretiert, nur deshalb ist dort ein Defizet möglich, das mit einem Schlage zwanzig Millionen Menschen die Löhne in unerhörtem Ausmaß kürzt. Die schlechteste, die bürgerlichste, die reaktionärste Demokratie — sie gibt der Arbeiterklasse immer noch mehr Möglichkeiten, ihre Löhne und ihre Rechte zu verteidigen, als die unbeschränkte Regierungsgewalt einer Diktatur, die, ohne jemanden zu fragen und fragen zu müssen, Millionen und aber Millionen mit einem Federstrich in verschärftes Elend stürzen kann. Die Rotverordnung, die mit einem Federstrich alle Kollektivverträge, die gewerkschaftliche Kraft in vielen Jahren mühselig erstritten hat, für gekündigt erklärt, alle Löhne und Gehalte senkt, sie legt den Arbeitern und Angestellten ganz Mittel- und Westeuropas: verteidigt die Demokratie! Ihr verteidigt damit eure Löhne und eure Rechte!

Wie ist das in Deutschland gekommen? Wie hat das deutsche Volk die Demokratie, die es im Sturme des November 1918 erobert hat, verloren und seine Löhne der Willkür einer unbeschränkten Regierungsgewalt preisgegeben?

Es war im September 1930. Das deutsche Volk wählte sein Parlament. Schon war schwere Wirtschaftskrise im Land. Erbittert über Not und Elend gingen Arbeiter und Angestellte zur Wahl. Millionen deutscher Arbeiter wählten kommunistisch. Millionen deutscher Angestellter wählten nationalsozialistisch. So wurde ein Reichstag gewählt, mit einer großen kommunistischen Fraktion links und einer großen Spatenkrenzerfraktion rechts. Ein Reichstag, in dem eine regierungsfähige Mehrheit nicht mehr zu bilden ist. Ein Reichstag, der seine Funktionen nicht mehr zu versehen vermag. So fiel die Macht, die nach der Verfassung der Reichstag ausüben soll, an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung.

Millionen deutscher Arbeiter haben kommunistisch gewählt. Sie glauben, das sei revolutionär. Was haben sie in Wirklichkeit erreicht?

Daß an die Stelle der parlamentarischen Demokratie der Absolutismus der Regierung getreten ist. Daß eine Regierung, deren Macht durch keinen arbeitsfähigen Reichstag mehr beschränkt ist, ihnen jetzt mit einem Federstrich die Löhne senken kann!

Millionen deutsche Angestellte haben nationalsozialistisch gewählt. Sie glauben, das sei eine Tat für das deutsche Volk. In Wirklichkeit war es eine Tat für die Profiteure der Kapitalmagnaten! Der Reichstag ist ausgeschaltet. Die parlamentarische Demokratie existiert nicht mehr. Im Dienst und unter dem Druck der Kapitalmagnaten senkt jetzt eine von jeder parlamentarischen Kontrolle befreite Regierung die Lebenshaltung des ganzen deutschen Volkes!

Wäre die deutsche Arbeiterklasse einig, wären die deutschen Arbeiter und Angestellten vereint in einer großen Arbeiterpartei, dann gäbe es einen Reichstag mit einer sozialistischen Mehrheit! Dann gäbe es heute kein Lohnsenkungsfekret in Deutschland! Mit der Lohnsenkung bezahlt die deutsche Arbeiterschaft ihre Spaltung — die Spaltung, die die Ursache ihrer Ohnmacht und damit die Ursache des Verfallens der deutschen Demokratie ist!

Eindringlich mahnt Deutschland die Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt: seid einig, einig!

Aber noch ein's muß man wissen, um das deutsche Lohnsenkungsfekret zu verstehen. Die Ereignisse in Deutschland wären unmöglich ohne das, was in England vor sich gegangen ist.

Das englische Pfund Sterling ist um ein Drittel entwertet. Der englische Arbeiter bekommt in Pfund Sterling ebenso hohen Lohn wie vor dem 20. September. Aber das Pfund Sterling ist seit dem 20. September um ein Drittel weniger wert. Die englische Kapitalistenklasse hat die Löhne aller englischen Arbeiter, die Gehalte aller englischen Angestellten ihrem wirklichen Werte nach um ein Drittel herabgesetzt, indem sie das Pfund Sterling auf zwei Drittel seines früheren Wertes sinken ließ.

In deutsche Mark umgerechnet, sind die Löhne der englischen Arbeiter und Angestellten um ein Drittel niedriger als vor dem 20. September. Daher kann die deutsche Industrie den Wettbewerb der englischen Schwerkere als früher bestehen.

Darauf antwortet die deutsche Reichsregierung mit ihrem Lohnsenkungsfekret. Hat die englische Regierung die Reallohne der englischen Arbeiter durch die Entwertung des Pfunds gesenkt, so senkt die deutsche sie durch die Herabsetzung des Geldlohnes. Auf Kosten der Arbeiter haben und drücken führen die englischen und die deutschen Kapitalisten ihren Konkurrenzkampf um den Weltmarkt.

So büßen die deutschen Arbeiter und Angestellten jetzt die Niederlage der englischen Arbeiterklasse!

Und die Arbeiter aller andern Länder werden die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse büßen! Denn wenn in England und in Deutschland, in den beiden größten Industriestaaten Europas, die Löhne gesenkt werden, so wird die verschärfte Konkurrenz dieser beiden Länder allen andern Industriestaaten gefährlich werden, so wird der Lohndruck auch in den andern Industriestaaten verstärkt werden.

Eindringlich zeigt es der kapitalistische Wettbewerb im Lohnabbau den Arbeitern der ganzen Welt: Jede Niederlage der Arbeiterklasse in einem Lande ist eine Gefahr für die Arbeiter und Angestellten aller Länder! Eindringlich mahnt Deutschland die Arbeiter der Welt zur internationalen Solidarität!

### Ein dreistes Manöver des „Tag“.

#### Die Bilder aus dem Braunen Haus.

Der „Tag“ reagiert auf unsere Veröffentlichung zweier Bilder aus dem Braunen Haus in der aufgereiztesten Weise und mit einem Aufwand an Dreistigkeit, der seinesgleichen sucht. Wir hatten zwei Bilder publiziert, das „Führerzimmer“ und den „Senatorensaal“. Von diesem redet der „Tag“ überhaupt nicht. Von jenem behauptet er, es sei „geschwindelt, gefälscht“ und erlogen. Zum Beweise dessen bringt er neben dem von uns wiedergegebenen und natürlich echten und jederzeit zu beglaubigenden Bild ein Bild des Arbeitersimmers des Hilters; so fehe also das „Führerzimmer“ wirklich aus! Wir haben nichts zu verbergen und werden in den nächsten Tagen unsererseits ein Bild des Arbeitersimmers Hilters bringen. Daß es daneben noch ein „Führerzimmer“ gibt, das eben so aussieht, wie wir es zeigten, wird durch kein noch so hysterisches Geschrei aus der Welt geschafft. Für die Ausdrücke, deren sich der „Tag“ bei seinem plumpen Manöver bedient, wird sich sein Redakteur an anderer Stelle zu verantworten haben.

### Zamora spanischer Präsident.

Madrid, 10. Dezember. Der verfassungsgebenden Cortes wählten heute Alvaro Zamora zum Präsidenten der Republik. Er erhielt 362 von 410 Stimmen. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 34 leer, der Rest zersplittert.

Von Alvaro Alcala Zamora, der jetzt 65 Jahre alt ist, steht seit mehr als 30 Jahren im politischen Leben. Mehrmals war er liberaler Minister der Monarchie. Erst die Diktatur trieb ihn ins republikanische Lager. Die Empörung über die Unterdrückung, die die Entrenchung des Volkes unter Primo de Rivera durch den König fand, hat ihn zum unerbittlichsten Feinde der Bourbonen gemacht. Als sich dann nach dem Sturze von Primo die Republikaner allmählich sammelten, fiel ihm als dem politisch erfahrenen Taktiker ohne weiteres die Führung zu.

Als vor nunmehr fast einem Jahre am 13. Dezember 1930 der erste Aufstand gegen die Monarchie versucht werden sollte, wurde Alcala Zamora verhaftet, ehe der Hauptschlag in Madrid geführt werden konnte. In den folgenden Tagen wurden andere Mitglieder des Revolutionskomitees ebenfalls ins Gefängnis geschickt. Die Abfertigung der Verhafteten, die bis Ende März auf ihre Urteilsurteilung warten mußten, war jedoch nicht sehr hart. Von den Jellen aus wurde die revolutionäre Bewegung weiter vorbereitet. Endlich, ein Vierteljahr später, kam es zur Verhandlung vor dem „Obersten Gericht für Meer und Marine“. Der Prozeß war eine Art Volksversammlung gegen die Monarchie. Der Generalstaatsanwalt hatte 15 Jahre Zuchthaus für Alcala Zamora beantragt. Das einmütige Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis! Wenige Tage später wurden die Verurteilten freigelassen.

Einen halben Monat darauf kürzte die Monarchie über den Ergebnis der Gemeindevahlen. Der König verließ das Land. Das Revolutionskomitee übernahm als „provisorische Regierung“ die Macht. Alcala Zamora wurde Ministerpräsident und als solcher gleichzeitig provisorischer Staatspräsident. Im Oktober trat er vom Amte zurück, weil er sich als Katholik mit einigen der Gelehrten zur Trennung von Kirche und Staat nicht identifizieren wollte.

### Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

„Du warst mit der kleinen Erna Denten befreundet“, flüsterte dieser und schnalzte lustern mit der Zunge. „Hübsches Mädel. Zu boden? Oder kann man vielleicht schon gratulieren? — Ein fester Kerl ist sie, ich weiß. Habe mit ihr einmal getanzt. So, siehst du?“ Er machte einige Bewegungen im Tanzschritt. Seine Augen glänzten bei der bloßen Vorstellung, Erna in den Armen halten zu dürfen und ihren jungen Körper neugierig abtasten zu können.

Franz stand einen Augenblick wie versteinert da. In unaussprechlicher Wut kämpften sich seine Hände zusammen, er wollte etwas erwidern, begann sich aber noch im letzten Augenblick. „Nichts davor“, sagte er sich in einem fort vor, er darf nichts merken. Erna wäre sofort im Grunde aller, man würde sich auf sie stürzen, sie zerteilen, zerstückeln mit dem Tratsch. Wie ein Lauffeuer würde es sich verbreiten, Erna wäre verloren.“

Mit Aufbietung aller Kraft löste er so gleichgültig wie nur möglich: „Du kennst sie also? Aber ich finde keine Wichtigkeit, mir das zu erzählen. Ob du sie kennst oder nicht, ist mir gleichgültig.“

Nowal suchte die Achseln. Er war enttäuscht, hatte mehr zu erfahren gehofft. Es hätte eine Sensation sein können.

Den Rest des Vormittags blieb Franz verstimmt. Warum ließ man Erna und ihn nicht in Ruhe, warum verfolgte man sie mit neugierigen Blicken, warum zerbrach man sich den Kopf über sie? Wer war dieser Moloch, der sich „Gesellschaft“ nannte und jetzt in der Person des Schülers Nowal zu ihm gesprochen hatte. Was hatte die Gesellschaft für ein Recht, sie zu belästigen, alle ihre Handlungen zu kon-

trollieren, Auskunft über die privatesten Privatangelegenheiten zu verlangen. Was ging das die sittenstrengen Damen im Kaffeehaus an, ob das Fräulein X. ein Verhältnis hatte oder nicht. Niemand hat Sie jemals nach Ihrer Meinung gefragt, Frau Doktor. Sie waren auch einmal jung, denken Sie nur nach, Frau Direktor. Und Sie, Frau Professor, können Sie sich nicht mehr an den Herrn vom Frühlingsfest erinnern, um dessenwillen es beinahe zu einem Skandal gekommen wäre. Bedenken Sie doch, ein Skandal. Wie hätten die Damen im Kaffeehaus die Köpfe zusammengesteckt, nein, nicht auszubedenken wäre es gewesen, wenn sie erfahren hätten, daß jener Herr und Sie... Einfach schrecklich. — Was würden Sie empfinden, Frau Inspektor, wenn man am Rebenstich von Ihrer Tochter spräche, genau so, wie Sie es jetzt von einer anderen Tochter einer anderen Mutter tun, nur weil sie mit einem jungen Mann auf der Straße gesehen worden ist. Und Sie, Frau Oberrevisorstellvertreter, was möchten Sie für Augen machen, wenn Sie Ihr leibliches Fräulein lösen, wie es in diesem Augenblick, auf dem Sofa liegend, mit jungfräulichem Raffinement den jungen Meyer, den Sie, die Abwesenheit der Mutter wissend, eingeladen hat, zum Kuchertisch zeigt. — Jetzt schade, daß Sie es nicht sehen können, für er sie und sie sagt in ihrer so rührend unwissenden Unschuld: „Kannst ja gar nicht lässeln. Schau!“ Schauen Sie genau hin, tugendhafte Richterinnen über andere. Ihr Kind hat ja gar kein Kleid an. Und der junge Meyer... Rein, ich spreche nicht weiter, Sie würden Schamrot werden, Sie Trauschweib. Nehren Sie doch lieber vor der eigenen Tür aus, bevor Sie sich über andere den schmutzigen Mund zerreißen, Sie und Ihre ganze Gesellschaft. Es hat Sie niemand um Rat gefragt, behalten Sie also Ihre Weisheit für sich und vergessen Sie nicht mit Ihrer reichlichen Zensurvalst das Leben der anderen. Was liegt daran, wenn zwei Leute einander

gern haben? Reiden Sie es ihnen vielleicht? Es scheint ja. Auch bei Ihrer Tochter liegt nichts daran. Das wissen Sie ganz gut. Was wollen Sie also von den anderen? Warum schlagen Sie entleert die Hände zusammen, wenn Sie eine solche Geschichte hören und warum erzählen Sie ebendieselbe Geschichte brüchig weiter, damit sie nur ja schnell die Runde macht und — um mit Ihren Worten zu sprechen — zum Skandal wird. — Um andere davor zu bewahren, sagen Sie? Machen Sie sich doch nicht lächerlich, gnädige Frau, was wollen Sie denn verbüten? Die entsetzlichen Folgen werden Sie mir antworten, ich weiß es. Aber was sind denn diese entsetzlichen Folgen, wodurch werden sie so furchtbar? Sie jaden die Mädchen, versteinern den Kopf im Sand. Rein, sie müßt Ihnen nichts, diese Vogel-Strauß-Politik angesichts von Tatsachen, die in ihrer Unmenschlichkeit lauter gegen Himmel schreien, als alles was bisher dagesprochen ist. Sie allein können zwar nichts dafür, Madame, aber Sie und Ihre Freundinnen, deren Männer, deren Freunde und wieder deren Frauen, alle, alle, die Ihr unter dem stolzen Namen „Gesellschaft“ so unnahbar einhererschreitet, seid dafür verantwortlich, daß jene Folgen so entsetzlich sind, daß es im Strafgesetzbuch einen Paragrafen gibt der jährlich tausend und tausend unglückliche Menschenleben verdirbt. Direkt oder indirekt, das ist gleichgültig. Was ist stilllicher, ein noch ungeborenes Leben nicht ausstreuen zu lassen und so vielfach vor Not und Elend zu bewahren oder ein schon längst entwideltes zur Verweissung und oft in den Tod zu treiben? Denkt nur einmal nach, ihr Mütter, Väter, Männer, Frauen, revidiert euere so hehre Moral. — Auch du, Tolpe, der du jede Schülerin nach Hause schickst, wenn sie im Sommer mit kurzen Ärmeln in die Schule kommt. Du duldest keine Fleischausstellungen, laßt du, das widerspricht deinem Intelligenzgefühl. Geh nur einmal dein eigenes Leben durch, du vor Unständigkeit

strogender Philister. Erinnerst du dich noch, daß du einmal verheiratet warst und du während deiner Ehe eine andere Frau kennen lernst. Daran liegt nichts. Aber kennst du noch die Worte Streit, Zwist, Schmutz, Gericht, Beweise, Scheidung? Rein, ich will deine Familienverhältnisse nicht ans Licht zerren, aber eines kann ich dir nur versichern, daß sie deine strenge Moral ganz eigenartig beleuchten würden. — „Wißt du vielleicht hier übernachten, Franz?“ rief Horn und rüttelte Franz an den Schultern. „Denk wohl über die Unsterblichkeit der Weiskäfer nach. Oder etwas ähnliches. Es hat doch schon längst geläutet. Komm, gehen wir schnell aus dieser stinkigen Bude hinaus, sonst ersticke ich noch. Schau, wie schön die Sonne scheint, wie aus Freude über meinen achtstündigen Karzer.“

Franz blinnte erschrocken auf und packte schnell seine Sachen zusammen. Dann ging er mit Horn auf die Straße.

Die Zeit verrann. Die erste Vierteljahrskonferenz war vorüber. Das Ergebnis war nicht befriedigend. Die letzten Bänke heberbergten kein Zensurproletariat, wenn auch Tolpe von einer nur gnadenweisen Christen gesprochen hatte.

Horn und Geher haben ihre Karzer abgeessen. Schließlich war es in Schippers Stunde wirklich nicht gerade schulmäßig zugegangen und einer muß ja immer das Bad ausgießen. Also wurde die Strafe, obwohl sie mit der begangenen Missetat verglichen, unerbittlichmäßig hoch war, schweigend eingestekt. Lehrgeld muß eben jeder bezahlen und daran, daß es immer einer aus der letzten Bank beim Fenster sein mußte, hatte man sich im Laufe der Zeit schon gewöhnt.

Der Vorfall geriet allmählich in Vergessenheit und lebte nur mehr in den Aufzeichnungen für die Maturazeitung und im Klassenbuch fort.

(Fortsetzung folgt.)

# Ein Schrei nach drakonischer Justiz.

Die „Bohemia“ veröffentlichte Dienstag einen Leitartikel von A. A. Kofos, dem Kreisgerichtspräsidenten in Eger, dessen Argumente und Forderungen man schon ziemlich ausführlich wiedergeben muß, wenn eine weitere Deffektivität als die der „Bohemia“-Deffektivität sich einen Begriff von der Menschlichkeit, Modernität und Freiheitsliebe dieses hohen sudetendeutschen Hochscholawissenschaftlers machen soll.

Herr Kofos geht von der Betrachtung der letzten drei Morde im Egerland aus, vertieft besonders bei der Bluttat an dem Planer Landbriefträger Engl, behauptet, daß „es für sich ein Verbrechen keine Sühne gibt“, behauptet, daß der Täter vielleicht erst im April vor die Geschworenen kommen werde: „inzwischen werden über die Monate verstrichen sein und das Interesse wird wesentlich nachgelassen haben“.

„Wird Beder“ (der Täter) — also fährt Kofos fort — „auf Grund seines bereits abgelegten Geständnisses zum Tode durch den Strang verurteilt, dann muß nach dem Gesetz erst über die Begnadigung, das heißt allenfallsige Umwandlung der Todesstrafe in eine Freiheitsstrafe entschieden werden, die Erledigung dieses Gnadenaktes beansprucht wiederum einen längeren Zeitraum, in welchem ist das allgemeine Interesse an diesem Einzelfall längst erloschen, und wird er begnadigt, dann bezahlen die Steuerträger dem Raubmörder lebenslängliche Unterhalt in einer Strafanstalt. Ist das die Sühne für die Untat einer Bestie in Menschengestalt?“

Diese Tatsachen und Möglichkeiten erschüttern das Rechtsempfinden des Herrn Kreisgerichtspräsidenten bis in die tiefsten Wurzeln; er bäumt sich auf gegen die Befestigungstheorie „in einer Zeit, da die Abschreckungstheorie noch gerade gut genug wäre, um das größte Unrecht zu verhüten...“ und kommt schließlich zu der Forderung:

„daß in ungewöhnlicher Zeit für das Kapitalverbrechen des Nordes die Zukünftigen der Geschworenengerichte aufgehoben und die Aburteilung über dieses Kapitalverbrechen einem verstärkten Senat von Berufsrichtern zugewiesen würde, deren Urteil im Falle eines Geständnisses oder einwandfreier Uebersführung des Täters in appellabel wäre und dem binnen vierundzwanzig Stunden die Justifizierung zu folgen hätte, wobei jegliche Begnadigung ausgeschlossen wäre?“

Ich bin fest überzeugt, daß eine einzige derartige drakonische Aburteilung weit mehr Segen bringen würde als die humanste Befestigungstheorie, und sie wäre in der Not unserer Zeit begründet.“

„Schnelle Justiz, gute Justiz“, meint Herr Kofos, beklagt deutlich fühlbar, daß im Falle des Landbriefträgers Engl dem „gesunden Volksempfinden“ die verführte Lynchjustiz nicht gelungen sei, weil „wir — Gott sei es gedankt — in einem Rechtsstaat leben“. Und die wahrhaft blutige Ironie, die in diesem letzten Satz liegt, erhält dann ihre ethische Würde durch das Zeugnis, das sich Herr Kofos selber ausstellt, nämlich: er sei alles eher als ein Bluträcher.

Herr Kofos ist also einer jener Unbelehrbaren, die trotz des wissenschaftlich hundertmal festgestellten Versagens der Abschreckungstheorie dennoch an ihr festhalten, ja der sie als noch zu schwach empfindet — wahrscheinlich wären ihm die Galgen, die nach Durchschiebung seiner Forderungen förmlich aus dem Boden wachsen würden, noch nicht einmal ausreichend! Mit Feuer und Schwert möchte er losgehen — (nicht zuletzt im Interesse der Steuerzahler!) — ohne zu ahnen, daß man so wohl Mörder austrotten kann, nicht aber den Mord, der vielmehr um so mehr den Charakter des Unmenschlichen verlieren könnte, je öfter und brutaler er in Krieg und Frieden von Staats wegen verübt wird!

Den ganzen geistigen Horizont dieses hohen Richters und seine Einstellung zu der Frage „Gesellschaft und Verbrechen“ kann man aber deutlicher noch als an seinem Axiom und deutlicher auch als an seinen konkreten Forderungen daran erkennen, wie er in seinem Aufsatz dreimal auf die „Gefahr“ hinweist, daß infolge nicht genügend rascher Justiz das öffentliche Interesse an den Mordfällen nachläßt, welches öffentliche Interesse dieser Richter also für ein verbrechentregulierendes Element ansieht!

In Wahrheit heißt es dem sensationslüsternden, bestialischen, blutdürstigen Teil der Deffektivität eine Konzeption und ein Vergnügen bereiten, wenn man Uebelthäter sofort und bedenkenlos justifiziert; die Gefahr neuer Verbrechen wird aber durch diese Methode nicht nur nicht gebannt, sondern durch Entmenslichung der Gefühle bei Zehntausenden noch erhöht.

Darum sind die Forderungen des Herrn Kofos — o weiser, o gerechter Richter! — nämlich die Forderung nach strenger Aufhebung der Geschworenengerichte, nach augenblicklichem Prozeß, nach standrechtlicher, inappellabler, gnadenloser Aburteilung und sofortiger Vollstreckung des Urteils die Forderungen eines blutigen Richters, auch wenn Herr Kofos der scheinbar naiven Meinung ist, nichts weniger als ein solcher zu sein. (Wobei wir hier die bei solcher aphatischer Rechtssysteme vielfach erhöhte Gefahr von Justizverbrechen nur streifen können!).

Nun, es besteht wohl nicht der geringste Anlaß, zu befürchten, daß sich die Prozeßordnung und der Strafvollzug à la Kofos bei uns nur im mindesten durchsetzen werden. Wohl aber kann man sich nun einen besseren Begriff von den Anschauungen machen, mit denen Richter dieser Art nicht nur Mördern, sondern allen Verbrechern, Uebelthätern und Entgeisterten gegenüber treten. Die furchterlichste Reaktion der Justiz offenbart sich in diesem Artikel. Einer Reaktion, die Ausdruck der gesamtbürgerlichen Reaktion ist, denn die „Bohemia“, das angeblich demokratische Blatt, identifiziert sich ja mit diesen Aeußerungen, indem sie an leitender Stelle kommentarlos wiedergibt. Dieser Umstand wiederum aber wird näher er-

läutert durch die Tatsache, daß jener Herr Kreisgerichtspräsident aus Eger Senatskandidat der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft bei den letzten Wahlen war und, soweit wir unterrichtet sind, trotz eines Abkommens mit den Landbündlern sehr bald einen der Herren dieser Partei im Senat ablösen wird.

Es wird wohl wenig Wirkung haben, wenn wir der „Bohemia“ sagen, daß sie sich schämen soll! Es wird ihr aber jedenfalls peinlich sein, daß bereits die reaktionäre nationalistische tschechische Presse sich auf diesen Artikel des „vorbildlichen“ sudetendeutschen Richters stützt!

# Ein Tag der Parlamentsausschüsse.

## Gesetz über Kollektivverträge angekündigt — Bauförderung angenommen.

Im sozialpolitischen Ausschuss brachte der Vorsitzende Genosse Dr. Winter eine Zuschrift des Fürsorgeministers zur Verlesung, daß ein Gesetzentwurf über die Kollektivverträge bereits Gegenstand der interministeriellen Beratungen ist.

Der Innenminister teilte mit, daß im Gefolge der Vorfälle in Dug am 4. Heber d. J., die eine Reihe von Menschenleben kosteten, von keiner Seite ein Versuch um Entschädigung eingereicht worden sei.

Die Bauförderungsnovelle wurde nach längerer Debatte ohne Aenderung angenommen.

Genosse Laub befahte sich in der Debatte in entsprechender Weise mit den Ausführungen des Hausherrvertreeters Kalaz, der von einem „Wohnungsüberschuß“ sprach und auf Grund von statistischen Daten den kühnen Schluß zog, daß Prag mit Wohnungen schon saturiert sei.

Eine besonders traurige Rolle spielte der Kommunist Stizka, der, gleich den ärgsten Reaktionsären im bürgerlichen Lager, die Debatte dazu benutzte, um eine mißgünstige Attitude gegen die Krankenassen zu zeichnen. So versicherte er u. a., Organe der Krankenassen gehörten in den Arrest gefesselt, weil sie über die gesetzliche Höchstgrenze hinaus Beiträge bis zu 7 und 7,5 Prozent einheben; es sei ganz in Ordnung, daß sich alles dagegen wehre, daß die Beiträge eine beträchtliche Höhe erreichten. Ganz in dem gewohnten Jargon der ärgsten Unternehmervertreter wiederholte Stizka dann auch die unästhetischen Beschuldigungen, daß die Krankenassen Gelder der Zentralsozialversicherungsanstalt „veruntreuen“ und dergleichen mehr. Auch dieser famose Arbeitervertreter erhielt vom Genossen Laub sofort die entsprechende Antwort.

## Hilfe für Joachimsthal.

Dann erlatete Genosse Laub einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen zum Schutze der Bergarbeiter in den Joachimsthaler Radiumgruben, namentlich über die feinerzeitige Befestigung dieser Gruben durch eine engere Kommission des Ausschusses. Er stellte den Antrag, daß das Präsidium des Ausschusses mit dem Arbeits- und dem Finanzministerium verhandle, um den Wünschen der betroffenen Bergarbeiter in weitestreichendem Maße entgegenzukommen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Im Wehrausschuss befahte sich Minister Biskovsky mit den jüngsten Fällen von Soldatenschänderei; die Militärverwaltung hat angeblich bereits Maßnahmen getroffen, um auch vereinzelt Fälle dieser Art künftig zu verhindern. Ueber die Selbstmorde,

die Sterblichkeit und die Krankheiten in der Armee wird der Minister den Ausschussmitgliedern einen schriftlichen Bericht zugehen lassen.

Entgegen den Anschuldigungen, die Stizkorn kürzlich im Parlament gegen Ubrakal und dessen Bruder in Sachen des Selpetereinlagerungsvertrages zwischen der Deeresverwaltung und dem Zentralverband der tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften erhoben hatte, erklärte der Minister, daß der Bruder Ubrakals zur Zeit des Vertragsabschlusses (1924) nicht Vorsitzender des Zentralverbandes war; die Magazine seien bei Inspektionen niemals leer gefunden worden. Ein Manko in den Vorräten habe die Gesellschaft mit Transportchwierigkeiten zu erklären gesucht, doch wurden ihr dafür die entsprechenden Abzüge gemacht. Seit dem neuen Vertragsabschluss von 1927, in dem die eingelagerten Quantitäten verringert wurden, seien keine Anläufe mehr vorgekommen. Ueberdies habe Stizkorn seinerzeit als Verteidigungsmittel nichts unternommen, um diese angeblichen Uebelstände zu beseitigen.

Der Antimonopolitätsausschuss befahte sich unter Vorsitz des Genossen Remes mit dem Ersuchen des Hauspräsidiums, über die Frage der Vereinbarkeit des Abgeordnetenmandates mit der Mitgliedschaft in Verwaltungsräten von Banken und Versicherungsgesellschaften grundsätzlich zu entscheiden. Nach dem Referat Dr. Tonkels (Nat. Dem.) wurde nach kurzer Debatte beschlossen, durch Vermittlung des Deutschespräsidiums binnen Monatsfrist ein juristisches Gutachten der Universitätsprofessoren Doeti und Weyr einzufordern.

Im landwirtschaftlichen Ausschuss, der die Gemeindefürsorge annahm, kündigte Minister Bra da eine Regierungsvorlage über die Wahlen in die Landeskulturräte an. In der nächsten Sitzung will der Minister ein Referat über den Stand der landwirtschaftlichen Krise und über die Richtlinien zu ihrer Behebung erstatten. In einer Resolution wird die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, damit Ansuchen von Landwirten um Erstattung der Steuern und öffentlichen Abgaben in berücksichtigungswürdigen Fällen schnell und günstig erledigt und vor allem keine Exekutionen vorgenommen werden; eine zweite Resolution verlangt eine Saatgutaktion für die bedürftigen Gegenden.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss behandelte heute neuerdings den Gesetzentwurf über den Schutz der Ehre; es wurden die §§ 5 und 9 angenommen, die über Meldungen aus dem Familienleben, Vorwurf einer Straftat, Veröffentlichung des Urteils usw. handeln.

Verwaltungsreform sollte vor allem die Wahl des Vorstehenden der Bezirks- und Landesverwaltungen wieder eingeführt und die Ernennung des Mitglieder drittels überhaupt beseitigt werden.

Bei Besprechung der Freiwilligen Ereignisse erklärte Rejzl, der Innenminister müsse wohl selbst die Empfindung gehabt haben, daß seine diesbezüglichen Erklärungen zumindest mit vielen Irrtümern durchsetzt waren; der Minister sollte endlich einmal von dem Grundsatze abgehen, immer nur als ex-offo-Beteiligter der Behörden und der Gendarmerie aufzutreten, und sollte sich einer objektiven Verichterstattung befleißigen.

Durch die Vermehrung der Gendarmerieposten auf dem Lande ist die Sicherheit durchaus nicht vergrößert worden. Die Gendarmen sehen anscheinend ihre Hauptaufgabe darin, sich um Dinge zu kümmern, die sie nicht angehen, so um die politische Betätigung der Staatsbürger und um die Beantwärtung jeder Art von Flugblattverteilung selbst mitten im Wahlkampf.

# Pädagogische Vorbildung der Längerdienenden

## die neueste Voraussetzung der Dienstzeitverlängerung!

Prag, 10. Dezember. Im Budgetausschuss des Senats stimmte gestern Verteidigungsminister Biskovsky wieder ein großes Klagestück über die Einschränkungen an, die sein Ressort infolge der Sparmaßnahmen habe durchführen müssen; ein eigener Sparkommissar wurde darüber, daß keine Ausgaben gemacht würden, die nicht im Interesse der Armee (ein sehr dehnbarer Begriff) notwendig seien.

Nur Frage der Dienstzeitverlängerung äußerte sich Biskovsky womöglich noch orakelhafter als sonst:

Es sei darüber schon im Parlament genug diskutiert worden. Der finanzielle Effekt dürfe nicht maßgebend sein, denn sonst könnte man sich überhaupt nicht dazu entschließen, weil Ersparnisse dabei nicht zu machen seien; das beweise das Beispiel Frankreichs.

Die verantwortlichen Faktoren könnten nicht so leicht alle die annehmen, die sich als Längerdienende melden, um der Krise zu entgehen, die aber sofort wieder weggehen würden, sobald sie eine bessere Zivilbeschäftigung finden. Wir brauchen Leute, erklärte Biskovsky, die sich aus Liebe zum Militärberuf melden. Man müsse eine sehr sorgfältige Auswahl vornehmen, nicht allein nach der Qualifikation, sondern auch darnach, wie sie mit den Soldaten umgehen werden. Wir wollen von ihnen Arbeit, Gehalt, Sinn für pädagogische Erziehung und Menschlichkeit.

Der Minister teilte ferner mit, daß heuer bis Ende November militärische Lieferungen im Betrage von 430 Millionen vergeben wurden; einschließlich der Lebens- und Futtermittel beträgt diese Summe 784 Millionen.

# Wie der Autoklub leicht Geld verdient.

## Monopol zur Ausstellung von Grenzpaßweisen.

Im Budgetausschuss des Senats führte Genosse Rejzl Beschwerde über die Monopolstellung des tschechischen Autoklubs bei der Ausstellung der Grenzpaßweise, die zum Ueberschreiten der Grenze mit Motorrädern notwendig sind. Es ist wohl selbstverständlich, daß Genosse Rejzl dabei nicht die Interessen der Besitzer von Luxusautomobilen wahren wollte, sondern nur für die mehr als tausend unseren Arbeiterradfahrern angeschlossenen Motorradfahrer aus Arbeiterkreisen eintat, die von dem offiziellen Autoklub mit hohen Gebühren belegt werden, gegen die es keine Widerrede gibt. Der Autoklub hat eine Anzahl von Ministern zu seinen Ehrenmitgliedern und erfreut sich deshalb bei den Behörden größter Zuverlässigkeit, die er geschäftsmäßig wie selten jemand sofort in bare Münze umzuwandeln versucht.

Ein für die deutschen Randgebiete unbedingt nötiger internationaler Fahrausweis, den auszustellen nur der Autoklub berechtigt ist, kostet für einen Motorradfahrer 118 K jährlich (die ganze Straßensteuer beträgt nur 105 K!); davon entfallen auf Stempel und Gebühr für die Amtshandlung 18 K, auf den Autoklub aber nicht weniger als 100 K; für das Papier, das Einlegen der Photographie und die Besorgung der Bestätigung der Polizeidirektion wirklich reichlich viel! Die heuer erfolgte Neuregelung der internationalen Fahrausweise hat der Autoklub sofort wieder zu einem neuen Fischzug benützt, indem er mitten im Jahr die alten Ausweise durch neue ersetzte, dabei neuerdings den Betrag von 118 K erhob und nur ausnahmsweise 50 K ermäßigte. Dazu wurden noch weitere 43 K für den neu eingeführten Ausweis für das Motorfahrzeug selbst eingehoben. Dieselben Dokumente kosten in Oesterreich 8 Schilling, also einige 30 K, in Belgien 15 Franken, also noch weniger; bei uns aber müssen die Motorradfahrer das Sechsbis Siebenfache zahlen, weil der Autoklub diese privilegierte Stellung hat. Außerdem verlangt der Autoklub auch noch eine Kaution von 100 K, für die er auch noch die Zinsen einstreift. Ein tschechischer Klub mit 6000 Mitgliedern hat sich bereit erklärt, die Ausweise zum Regiepreis zu liefern, aber die Monopolstellung des Autoklubs ist unerschütterlich! Genosse Rejzl verlangte vom Innenminister entschieden die Abstellung dieser Anzunehmlichkeiten.

# Die Auflösung der Nationalpartei

macht wie vorausgesehen war, erhebliche Fortschritte. Es scheint ein Kampf aller gegen Alle ausgebrochen zu sein. Die nationalparteilichen Zeitungen wissen nicht, ob sie Hüß oder Gott ziehen sollen; die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ hat sich zunächst ausgewogen, dann dem unermesslichen Hauptgeschäftsführer (deutsch: Sekretär) der Nationalpartei Herrmann (Veipa) das Wort zu einer wie immer nichts sagenden Plauderei gegeben, das Brügger Blatt der Nationalpartei kämpft für die Opposition, Herr Sorpunka übergibt der Deffektivität eine wahrhaft delphische Erklärung, aus der hervorgeht, daß er nicht so und nicht so sagen könne, weil man da nicht so oder so sagen kann, der Gablonzer Schriftleiter der Nationalpartei Dr. Wilhelm Pleyer geht in der räudsten Weise gegen Dr. Sedgman vor, Anforge telegraphiert an Reichenderberger Nationalparteilere, sie möchten das einstellen — es ist ein Dezenjabbats und angesichts der schwindenden Bedeutung der Nationalpartei möchte man sagen: So viel Lärm um eine Omelette!

Herr Anforge nimmt sich sogar vor, die sudetendeutsche Presse zur Sochlichkeit zu erziehen, „Unaufrichtigkeit, Falschheit, Lüge und Hysterie“ aus dem Parteilieben zu verbannen. Wie er das mit seinem Bekenntnis zu Dugeneberg, dem Meister über Prehmaade, vereinen will, ist ein Rätsel. Daß er sich dabei an Herrn Dr. Bacher wendet, entbehrt auch nicht des Reizes. Ist doch gerade Herr Dr. Bacher als ein geschäftiger Feind seiner Gegner bekannt und seine Partei leistet in Wahlkämpfen, wie erst im September wieder in Prag, das äußerste an unsichlichen und rüden Kampfmethoden. Wir fürchten, die Aktion wird nicht über den Brief Anforges an Bacher hinauskommen und auf dem Grabe der Nationalpartei wird alles andere erblühen als das Reis einer politischen Ritterlichkeit, die das sudetendeutsche Bürgertum seit langem nicht mehr kennt und auch früher nur in wenigen Repräsentanten gezeitigt hat!

# Tagesneuigkeiten

## Die Polizei treibt Arbeiter auseinander, die ruhig auf die Elektrische warten!

Wohin treiben wir? — Wir fordern Aufklärung! — Die Vertreter der Staatsmacht rufen Unruhe hervor!

Unter diesem Titel schreibt „Bodernit Prava Lidu“:

„Am Dienstag kam es vor der Böhmisches-Mährischen Automobilfabrik in Prag VIII. zu einem Zwischenfall, den man nicht übergeben und nicht ohne ordentliche Untersuchung lassen kann. Die Fabriksleitung teilte an diesem Tage ohne jede vorherige Verhandlung mit dem Betriebsausschuss mit, daß sie am selben Tage 120 Reg.arbeiter entläßt. Der Metallarbeiterverband wollte beim Generaldirektor einschreiten, konnte ihn aber nicht erreichen.“

Als vor zwei Uhr 120 brutal hinausgeworfene Arbeiter die Fabrik verließen, stand vor den Fabrikstoren eine Reihe von 17 Wachleuten, welche in ihrer gewohnten Weise gleich die die Arbeit verlassenden Arbeiter auseinanderzutreiben begannen. Die Polizei durfte nicht einmal, daß die Betroffenen auf die Elektrische warten und trieb die Leute einfach auseinander. Wir stellen fest, daß es nicht den geringsten Kravall gab, nicht die geringste Demonstration und daß die Unruhe durch die Vertreter der Staatsmacht hervorgerufen wurde.“

Ueber denselben Vorfall schreibt das Hochblatt der Metallarbeiter:

„Diese unerbörten Manieren müssen sofort aufhören! Wer das Weisung dazu, daß die 17 Wachleute vor dem Fabrikstore postiert werden? Wer trägt die Verantwortung für diese Provokation und für die Verschwendung von Staatsgeldern im Interesse ausgebeugter Fabrikanten, welche ohne Rücksicht auf das Gesetz über die Betriebsausschüsse einfach 120 Arbeiter auf Pfahle werfen? Ist die Staatsmacht dazu da, damit sie mit ihren Gewehren die kapitalistischen Provokateure deckt und damit auch das schlechte Gewissen dieser Herren? Auf diese Frage muß geantwortet werden und das so bald als möglich! Hier tritt ein System zutage, gegen das sich der Sturm der Abwehr der gesamten Arbeiterklasse erheben muß. Wenn die Herren so die schweren Probleme des bösen Winters lösen wollen, dann sind sie auf dem Holzwege! Die Arbeiterklasse wird ihnen in einer Art antworten, die den verabschiedenen bösen Herren die Augen öffnen wird.“

## Die drei Todesopfer des Prager Verkehrsunglücks.

Prag, 10. Dezember. Wie bereits von uns berichtet, stieß gestern gegen 21 Uhr in Biskupskan vor der Gummitrovanfabrik ein Personenauto, das von Prag-Cloubetin kam, mit einem Motorwagen der elektrischen Straßenbahnlinie Nr. 15 zusammen, der in verkehrter Richtung fuhr. Infolge des Zusammenstoßes ging bei dem Kraftwagen der Benzintank in Trümmer, der dann explodierte, so daß der Wagen sofort in hellen Flammen stand. Nach der Brandlöschung wurden im Wagen selbst drei verstoßene Leichen aufgefunden, und zwar die Leiche des Chauffeurs und zweier Männer, die im Fond des Wagens saßen. Nimmere wurde die Identität der verstorbenen Leichen festgestellt. Es sind dies: der 25 Jahre alte Kraftwagenlenker Wenzel Teleshovsk, wohnhaft bei dem Fabrikanten Franz Marha, der 34 Jahre alte Fabrikbesitzer Franz Marha aus Jaromör Nr. 176 sowie der Wachebeamte der Staatspolizei aus Auffig a. C. Karl Sojef, wohnhaft in Auffig, Marktplatz 3.

## Der Nobelpreisträger für 1932.

Jane Addams und Murray Butler.

Oslo, 10. Dezember. Das Nobel-Komitee des norwegischen Storting hat den Nobel-Friedenspreis für 1931 je zur Hälfte Jane Addams und Nicholas Murray Butler, dem Präsidenten der Columbia-Universität, verliehen.

Jane Addams wurde am 6. September 1860 in Godeville (Illinois) geboren. Sie studierte auf dem Rockford College und legte dann ihre sozialwissenschaftlichen und soziologischen Studien mehrere Jahre hindurch auf Reisen und in Europa und Amerika fort. Im Jahre 1889 gründete sie zusammen mit Ellen Star Gates das „Hull House“ in Chicago, welches in erster Linie ein Asyl für notleidende Einwanderer sein sollte. Sie erwarb in dem „Hull House“ Kinderbewahranstalten, Väterchen und kulturelle Klubs für die Einwanderer, Schulen und höhere Jahrgänge, von Professoren geleitet. Das „Hull House“ hat an Ausdehnung und Bedeutung ganz außerordentlich zugenommen; mehr als 9000 Personen bevölkern während des Winters wöchentlich seine Hörsäle. Jane Addams führt im Volke den Ehrentitel der „nützlichsten Bürgerin“ von Chicago. Lebhaft hat sie auch an der Fabrikgesetzgebung, der Tuberkulosebekämpfung und dem Kampfe gegen den Mädchenhandel mitgearbeitet. Politisch hat sie sich in der Frauenwahlrechtsfrage hervorgetan. Das internationale Frauenkomitee für dauernden Frieden wählte sie zur Vorsitzenden. Sie hat zahlreiche Werke sozialen Inhalts veröffentlicht.

Dr. Nicolas Murray Butler wurde am 2. April 1862 in Elizabeth im Staate New York geboren. Er beendete seine philosophischen Studien an der Columbia-Universität, begab sich

# Soldatenmißhandlungen.

## Treffende Äußerungen des Zentralorgans der tschechischen Sozialdemokratie.

Das „Pravo Lidu“ befahte sich gestern an leitender Stelle mit den auch von uns geschilderten Mißhandlungen von Soldaten in einer Prager Kaserne, die den Gegenstand eines militärischen Gerichtsverfahrens bildeten. Treffend schreibt das Blatt:

Der Fall von Soldatenmißhandlungen, über den dieser Tage das Prager Divisionsgericht durch Aburteilung zweier angeklagter Unteroffiziere des ersten Kavallerieregiments entschieden hat, hat den Schleier von unserem Kasernenleben weggezogen und gezeigt, daß nicht immer der Militärdienst „eine Fortbildungsschule des Lebens“ ist. Selbst der Minister für nationale Verteidigung mußte über Anklage unserer Soldaten bei uns unangenehmerweise öfters vorkommen. Dabei redet man nur von den festgestellten und vor Gericht verhandelten Fällen — wieviel solcher Fälle sind nicht bekannt geworden! Die Soldatenmordmorde, deren Ursache die amtlichen Berichte schablonenmäßig in Schwermut, Lebensüberdruß, unglücklicher Liebe und ungeratenen Familienverhältnissen oder im besten Falle in einer krankhaften Leberempfindlichkeit sehen, haben sicher ihre Ursache oft in Mißhandlungen. Es muß nicht immer Mord sein, wie sie sich die Korporale Rupa und Veranel sowie der Gesteirte Hlaska haben zuschulden kommen lassen, es muß nicht immer eine Verfolgung sein, die das Gericht als strafbar anerkennt. Es gibt tausend anderer Möglichkeiten, um den Dienst und das Leben den Untergeordneten beim Militär unangenehm zu machen, ohne daß sich diese Personen beschwerten konnten oder wo der Mut fehlt, sich zu beschweren.

Der Soldat hat allerdings das Recht, sich zu beschweren, aber dieses Recht wird durch jene ungeschriebene Solidarität der Chargen hinfallig (wir Chargen müssen zusammenhalten) jagte in der 1. und 2. Armee jeder Gesteirte, welche schließlich den Mutigen doch nur ins Kriminal bringt. Der Soldat ist also eigentlich ohne Schutz gegenüber dem Vorgesetzten und kann nur dessen Intelligenz, Anständigkeit und Menschlichkeit vertrauen. Der Vorgesetzte hat eine ungeheure Macht in der Hand, alle militärischen Disziplinarverordnungen sind auf seiner Seite; Leute, die in Zivil gehorchen mußten, werden plötzlich Herren über so und so viel Leute, wissen, daß ihre sogenannte Strafe sie umso eher auf eine höhere Stufe befördern wird, je schärfer sie vorgehen, sie wissen, daß Grobheit die Würze des militärischen „Weges“ ist und daß das arme Opfer schweigen muß — das alles verleiht auch Leute, die im bürgerlichen Leben maßvoll sind (siehe nur den glänzenden Remarquischen Feldwebel Himmelsstolz) dazu, daß sie die militärische

dann in den Jahren 1884—85 nach Paris an die dortige Universität sowie an die Berliner Universität, um seine Fachausbildung zu vervollkommen. Seit dem Jahre 1902 ist Prof. R. Murray Butler Präsident (Rektor) der Columbia-Universität. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit hat er sich auch als Redakteur hervorragender Zeitschriften und Buchserien, als Vortragender und Redner hervorgetan. Im Jahre 1920 wurde er von der republikanischen Partei des Staates New York als Kandidat für den Präsidentenposten nominiert. Im Jahre 1925 wird er Präsident der bekannten Carnegie-Stiftung. Professor Butler schrieb eine Reihe wissenschaftlicher, juristischer und philosophischer Werke.

Am 25. Juni 1931 erhielt er das Ehren doktordiplom der Prager Karlsuniversität. Zu dieser Zeit bereiste er in seiner Eigenschaft als Präsident der Carnegie-Stiftung Europa und hielt in den Hauptstädten Vorträge über die internationale Verständigung.

## Brand auf der „Brandstätte“.

Wien, 10. Dezember. Heute früh ist in der inneren Stadt im großen Durchhaus Brandstätte 3 und der Jofomitzgasse in der nächsten Nähe des Ziephausplatzes im Keller und in den Lagerräumen eines Tapeziers ein Großfeuer ausgebrochen. Die Feuerwehr mußte im benachbarten Geschäft eines Dreimarktenbändlers eine Mauer durchbrechen, um mit Gasmasken und Wasserstrahlröhren bis zum Brandherd vordringen zu können. Die Keller des Hauses sind ungemein tief. Ein Teil davon gehört zu den Gewölbten der Katakomben von St. Stephan und es drohte die Gefahr, daß das Feuer in die Katakomben übergriffe. Unter den Bewohnern des Hauses brach eine Panik aus, weil das Ziegenhaus wegen des Rauches nicht passierbar war. Die Leute in den Stadterken wollten aus den Fenstern und von den Balkons auf die Straße springen, worauf Branddirektor Wagner teils durch Lautsprecher, teils durch Telefon den Parteien zu wissen gab, daß ihnen keine Gefahr drohe und sie ruhig abwarten sollen, bis der Brand gelöscht ist, was gegen 2 Uhr nachmittags gelungen ist. Der Schaden ist sehr groß. Mehrere Feuerwehrlöcher und Hausbewohner haben Rauchvergiftungen aufzuweisen.

## Chudshakti.

Leipzig, (Westvirginien), 10. Dezember. (Reuter.) Eine erregte Menge von etwa 60 Personen drang heute in das Gefängnisgebäude in

Dienstzeit zu einem Streik machen. Dabei aber pflegen diese „Stramen“ Vorgefunden, welche in roher Weise freie Rundgebung der Soldatenindividualität mit Füßen treten, welche es besonders auf die aufständigen Soldaten abgesehen haben, welche letzteren es schwer fällt, mit dem Saufen zu gehen, und auf die Stufe des Kommissärs hinabzufinken, diese Exzerzierplatzhelden pflegen die größten Feindschaften dann zu sein, wenn es sich um eine Probe persönlichen Mutes im Augenblick der Gefahr handelt. Leider begreifen viele Offiziere und Kommissäre nicht ihre erzieherische Aufgabe, bei der die Gerechtigkeit die Grundlage ist, sie begreifen nicht, daß das gute Verhältnis des Staatsbürgers zur Armee gerade darauf beruht, daß dem Staatsbürger auch beim Militär bürgerliche und menschliche Würde, sowie staatsbürgerliche Rechte gesichert sind, denn die Zuober Abneigung zur militärischen Dienstpflicht bringt jeder ins Zivilleben je nach dem man mit ihm beim Militär umgegangen ist.

Ist es möglich, selbst nur vom Standpunkt der Armee diese furchtbaren Erziehungsiner in unseren Kasernen zu dulden, ist es möglich, daß der Knopf auf der Schulter eines brutalen Menschen ihm Allmacht über das physische und moralische Leben unserer Jugend verleiht? Man spricht von der vormilitärischen Erziehung, viele Herren sind voll Eifers dafür, daß diese Erziehung zum Teil Militärpersonen überantwortet wird. Können wir uns vorstellen, wie das aussieht?

Wir können es uns auch nicht schenken, auf eine andere Seite des Falles hinzuweisen, die sich uns geradezu aufdrängt. Alle mißhandelnden Unteroffiziere entstammen augenweiltlich Schichten, die seit jeher am eigenen Leibe Unterdrückung und Ungerechtigkeit gespürt haben. Genug möglich, daß auch sie selbst oft gegen das Unrecht revoltierten — wie so kommt es dann, daß sie diese ihre Lebensauffassung nicht dort zur Anwendung brachten, wo dazu die beste Gelegenheit gewesen wäre? Unabweisbar deswegen, weil sie zum Mittelpunkt ihrer revoltierenden Stimmung nur sich selbst gemacht haben und sicherlich deswegen, weil ihr Aufbäumen gegen Unrecht und Unterdrückung keine moralische Grundlage hatte, weil diese Auffassung nicht ihre ganze Persönlichkeit durchdrungen und nicht das Glaubensbekenntnis ihres Lebens geworden ist. Leute, welche sich so leicht aus Unterdrückung zu Unterdrückten wandeln, haben keinen Wert für die menschliche Gesellschaft, umso weniger für ihren Fortschritt. Wollen wir das System der Gewalt in der Welt beibehalten, müssen wir uns auch dieser Leute entledigen, selbst wenn sie auch nur Produkte dieses Systems sind.

die Zelle zweiter Regat, die zwei Polizisten erschossen hätten, welche kürzlich in ein Regentanzlokal während einer Polizeistreifung eingebrochen waren. Die Menge schlepte die Regat aus dem Gefängnis und knüpfte sie an Telegraphenstangen auf.

## Wildererumwiesel im Soager Land.

Aus Zoog wird uns geschrieben: Immer stärker nimmt im Soager Land das Wildererumwiesel Überhand, so daß der Wildbestand dieses Gebietes in bedenklicher Weise dezimiert wird, obwohl von den forstlichen Organen ein scharfer Überwachungsdiens organisiert worden ist. Man dürfte nicht schlagern in der Annahme, daß die Kollage dreier Beweidungs-schichten, die durch die gegenwärtige Wirtschaftsjahre jeder Erwerbsmöglichkeit beraubt worden sind, der erschwerenden Ausbreitung der Wilddieberei ausgelöst hat. In den letzten Tagen bezw. Nächten wurde von Wilddieben insbesondere das Jagdrevier von Lieborshan heimgeführt, in welchem heuer noch keine Hauptjagd abgehalten worden ist und in welchem daher auch der Wildbestand noch sehr beträchtlich erscheint. Die Gendarmertei verfolgt gemeinsam mit dem Forstpersonal bestimmte Spuren, die wahrscheinlich schon sehr bald zur Erntierung der Wilderer fähren dürften.

Edeners Pläne. Edener weist augenblicklich in England. Er wird möglicherweise die beiden großen Luftschiffhallen in Cardington und Howden für die Zeppelin-Gesellschaft und einen Selbstmord einer Schriftstellerin. Wegen beruflicher Enttäuschung nahm sich in Berlin die 63 Jahre alte Schriftstellerin Margarete Langen durch Selbstvergiftung das Leben.

Todesurteil. Der 34jährige Händler Johannes Kabele, der in der Nacht vom 24. zum 25. Jänner auf einer Chaussee bei Potsdam dem Taxidirektor Bonis erschossen hat, wurde vom Schwurgericht Potsdam zum Tode verurteilt. Während Kabele bis zuletzt dabei blieb, daß der polizeilich niemals ermittelte und unbekannt Werner Militär war, kam das Gericht, entsprechend den Darlegungen des Oberstaatsanwalts, zu dem Ergebnis, daß Kabele die Tat allein und unter voller Verantwortlichkeit ausführte, um sich Geld zu verschaffen. Während der Urteilsverkündung wurde die Mutter des Kabele aus dem Saale geführt, englisch-amerikanischen Konzern kaufen. In diesen beiden Hallen sollen die neuen Riesenluftschiffe für den regelmäßigen Transatlantikdienst gebaut werden.

# Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen. Samstag.

Prag, 11. Schalplatten, 14.10. Schalplatten, 18.25. Deutsche Sendung; Schleimer: Die Instrumente des Trübsüßers, 19.20. Lieber. — Brünn, 15. Arbeiterkonzert, 18.25. Deutsche Sendung; Arlen und Lieber. — Berlin, 16.00. Ungarische Volksmusik, 16.55. Bläserkonzert, 19.30. Violinmusik. — Leipzig, 19.30. Chorliedert. — Wien, 19. Sinfoniekonzert. — Moskau, 19.20. Konzert.

Die Wellenlängen unserer Sendestationen werden nicht geändert. In den letzten Tagen wurde das Gerücht verbreitet, daß die Wellenlänge des Prager Senders geändert werden soll. Um einer neuen Panik unter den Rundfunkhörern vorzubeugen, wandte sich der Klub der Radioreferenten ans Postministerium, welches diese Nachricht kategorisch dementierte. — Der Tschechoslowakei wurden 6 Rundfunk-Wellenlängen zugeteilt. Die kürzeste Welle wurde bisher nicht in Gebrauch genommen; sie wird von Straßnitz benützt werden (1202 Kh), sobald der ganzjährige Betrieb in Böhmen definitiv auf der Straßnitzer Welle (488,6 m) aufgenommen wird. — Der Sender in Kaschau hat bereits jetzt eine gemeinsame Welle mit einer französischen Station. Unter den gegebenen Verhältnissen kann keinesfalls an eine Zuteilung von neuen Wellenlängen gedacht werden. Der Straßnitzer Sender wird auf die Welle 249,6 m übertragen und wird nach seinem Umbau das tschechische Programm senden, um einen sauberen Empfang auch jenen Hörern zu ermöglichen, die den starken Empfang des Straßnitzer Senders gewöhnt sind. Es ist dabei nicht gesagt, daß mit dem gleichzeitigen Betrieb der beiden Stationen (Straßnitz 250 m und Lieber 480 m) automatisch ein Doppelprogramm eingeführt werden soll. Selbstverständlich werden sich die Kräftebesitzer gewöhnen müssen, während des Betriebes der beiden Sender ihre Empfänger sorgfältig abzustimmen. Von einer prinzipiellen Wellenlängenänderung kann jedoch abgesehen werden.

Beliebt wird auch das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ in den Transatlantikdienst eingestellt.

Der neue Burgtheaterdirektor. Der Minister hat den österreichischen Bundesminister für Unterricht ermächtigt, den derzeitigen Generaldirektor des Deutschen Schauspielhauses und des Thalia-Theaters in Hamburg Hermann Käßberger zum Direktor des Burgtheaters zu bestellen. Da Hofrat Direktor Wildgans, der seinen Vertrag zum 30. Juni 1932 gekündigt hat, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand den Dienst ausgesprochen hat, die Direktionsgeschäfte sobald als möglich zu übernehmen, wird der neue Direktor sein Amt schon Anfang Jänner 1932 antreten.

Wölfe bei Neapel. In der Nähe des Fortes Somma Vesuviana wurden am helllichten Tage zwei spielende Mädchen von einer mächtigen Wölfin überfallen. Auf die gellenden Hilferufe der Kinder eilte ein Landwirt mit einem Gewehr herbei, und es gelang ihm, das Raubtier, das eben eines der Kinder neuerdings angefallen hatte, durch einen wohlgezielten Schuß niederzulegen.

Sturm auf das chilenische Kongressgebäude. Die aus Santiago de Chile gemeldet wird, versammelte sich vor dem Kongressgebäude eine mit trockenem Fischen, Zwiebeln, Kartoffeln und Küchengeräten versehene aufgeregte Menschenmenge, die durch diese Demonstration die Auflösung des Kongresses erzwingen wollte. 500 Carabiniers zerstörten die Demonstranten und nahmen zahlreiche Verhaftungen vor. Die Menge rottete sich aber neuerlich zusammen und bewarf unter Führung von Agitatoren die Straßenbahnwagen und die Auslogerfenster mit Steinen. Zur Wiederherstellung der Ruhe wurden 1000 Polizisten entsandt, von denen viele verletzt wurden.

Keine Arbeitsansichten für Auswärtige in Prag. Der Wopisrat verläßt an die Presse ein Inkularärreiben, in welchem Arbeitsplätze aus der Prager Provinz, welche die Absicht haben, in Prag Arbeit zu suchen, gewarnt werden, da die Arbeitsplätze in der Hauptstadt so groß ist, daß jede freigebliebene Stelle von hundertern Auswärtigen umworben wird. Arbeitsuchende sollen sich daher nicht durch die Inserate in der Tagespresse betören lassen, da in den Fällen, wo die Adresse der Angeheilt oder Arbeiter suchenden Firma genannt ist, die Stellen binnen wenigen Stunden vergeben sind. Ferner mahnt der Magistrat darauf aufmerksam, daß es ebenfalls ausbleibt ist, mit Rücksicht auf die angeführten Bestimmungen für Arbeitsplätze (Verpflegungs- und Bekleidungsaktionen, Kostendarstellungen etc.) nach Prag zu ziehen, da alle diese Aktionen ausschließlich für Personen, welche nach Groß-Prag vollständig oder längere Zeit hier ansetzeln sind und bereits längere Zeit keine Beschäftigung haben, bestimmt sind. Insbesondere werden Jugendliche und Frauen, welche als Hausgehilfen in Dienst gehen wollen, gewarnt.

Ein mit 60 Personen besetzter Omnibus mit Anhänger geriet auf der Provinzialstraße, die neben der Bahnstraße Růstler-Lipshof liegt, in den Grieben und wurde von einem in gleicher Richtung fahrenden Güterzug gestreift. Zwölf Personen, die sich im Anhänger befanden, wurden verletzt, eine davon schwer.

**Chauffeur ermordet?** Der 40-jährige Kraftwagenführer Gerhard Liebel, der mit dem Lastkraftwagen einer Berliner Kartonagenfabrik am Montag eine Fahrt nach Stettin unternommen hatte, ist an seinem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Die Nachforschungen nach ihm und dem Wagen sind bisher völlig ergebnislos verlaufen. Es wird vermutet, daß Liebel, der nur 40 Mark bei sich hatte, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

**Postflugzeug ins Meer gestürzt.** Nach einem in Marseille eingetroffenen Funkpruch ist das zwischen Marseille und Algier verkehrende Postflugzeug auf der Höhe der Balearen ins Meer gestürzt.

**Aus wessen Tasche?** Cines der Hauptargumente zur Einführung von Bier und Wein in U. S. ist die enorme Einnahme an Steuern, welche der Staat gewinnen würde. Die Gegner des Verbots schätzen sie auf 500.000.000 Dollar, die staatliche Steuerbehörde auf etwa 200.000.000 Dollar. Diese Differenzsummen würden natürlich aus der Tasche der Arbeiter und Minderbemittelten gehen, denn beim Alkoholkonsum ist es immer die große Masse der Trinker, welche das Geld aufbringen muß. Daß solche Summen natürlich auf Kosten der Lebenshaltung der Frauen und Kinder ausgegeben werden, geniert die Brauer wenig, wenn sie nur ihre Dividenden wieder kriegen.

**Arbeit . . .**

Ein Mann ging vor mir durch den spärlichen Morgen. Er hatte den schweren Schritt des Arbeitsmannes, der unter Lasten zu gehen pflegt. Der Mann trug keine Kleidung, wie schwere Arbeit sie erfordert.

Die Vorstadt lag schon hinter uns. Wir gingen immer weiter — ich zwanzig Schritte hinter ihm, als hätte er mich beredet. Der Wind pfiff nachlässig über kahles Feld. Krähen pflügten die Luft mit ihren schweren Schaufelwingsen. Ein Haile freiste in der Ferne die Schöße der Vorstadt hoch. Die Qualmen kaum; mander lag kalt und tot.

Der Mann blieb stehen und sah dorthin. Was sah er nach den Schloten? Da hing ich seinen Blick auf; der war voll Nummer Dual.

Kohlweifen zwischerten in kahler Rede. Sie suchten Futter; noch fanden sie genug. Ameln flopen schreiend auf einen frischgepflügten Acker. Dort war der Tisch für sie gedeckt. Ein Reihuhndvoss war ausgeschwärmt und pickte eifrig.

Der Arbeitsmann sah zu. Dann ging er weiter.

Der Weg war nah und schlecht. Deshalb ging er hier? Wozu? Ihn trieb's wohl nur so fort; vielleicht stieß er gar vor sich selber. Sein Schritt war hart; sein Blick war stumpf, ging mehr nach innen als nach außen.

Ich mußte ihm weiter folgen; er hielt mich wie im Bann.

Dort fuhren Bauern den letzten Kohl vom Felde. Sie schwiegen, lachten. Ein Hund lästete dabei herum, als habe er teil am Werke. Die Pferde stemmten sich ins Geschütz und ließen sich nicht erit treiben. Sie spürten die Frucht und kannten den Beiz der Arbeit.

Wir aber schlenderten untätig im nassen Feldwege hin.

Da kam mit einem schwerbeladenen Karren mühselig eine Frau den Weg entlang. Sie leuchtete vor der Last; doch ihre Augen strahlten Eifer. War's auch nur Munder, was sie fuhr; es war Verdienst und Arbeit.

Der Arbeitsmann blieb stehen — nachdenklich erst. Doch plötzlich stammte Jörn in seinem Blick auf, Empörung. Wilt sah er um sich. Was ging in ihm vor?

Da rief er — gierig, wie ein Falke auf Beute stößt — der Frau den Karren aus der Hand mit Häuten wie mit Eisenzangen.

Er wollte Arbeit! Ran Joh's aus seinem Blick. Er hatte Häute — Kraft! Er hatte Lust zu schaffen! Hund, Pferd und Bauer hatte er gesehen. Alles Götter in seinem Tun. Jetzt wollte er endlich selber zupacken. Der Karren schüttelte

hinter seinem breiten Rücken her. Er zog ihn spielend, als sei es ihm eine Last. Die Frau folgte ihm leicht und froh, der schweren Last für eine Strecke Wegs ledig zu sein.

Er sprach kein Wort mit ihr. Schweigend war es geblieben, und schweigend schritt er jetzt dahin, als sei es sein eigener Karren. Er achtete der Frau nicht — nur der Arbeit.

Und ich? . . . Zwei Menschen waren von ihrer Last befreit . . .

**Die deutsche Krise.**

Aus einem Rundfunkvortrag von Dr. Ernst Meyer (Görlitz-Berlin).

Die entnehmende die folgende zusammenfassende Darstellung der deutschen Wirtschaftskrise einem Radiovortrag der tschechischen Arbeiterbewegung, in dem Dr. E. Meyer (Berlin) auf Fragen des Ing. Gotes (Prag) antwortete.

Es gibt kein Land in der ganzen Welt, das von der Arbeitslosigkeit völlig verschont geblieben wäre. Aber es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein relativ geringer Prozentsatz der Bevölkerung eines Landes arbeitslos geworden, d. h. aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen, des Einkommens (der Kaufkraft) beraubt und somit auch von der Konsumtion (vom Güterverbrauch) mehr oder minder ausgeschlossen ist, oder ob es sich, wie in Deutschland, darum handelt, daß etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung sich in diesem Zustand befindet.

Es ist ein Unterschied, ob in der Tschechoslowakei von, sagen wir etwas überhöht, 15 Millionen Menschen eine halbe Million arbeitslos ist, oder ob, wie in Deutschland, von rund 60 Millionen etwa 15 Millionen infolge Arbeitslosigkeit ihre Kaufkraft mehr oder minder eingebüßt haben.

Die Zahl von 15 Millionen wird Sie dabei vielleicht äberstochen. Ich nenne sie deswegen, weil es ein Irrtum ist, anzunehmen, daß die Zahl von 4 1/2 bis 5 Millionen tatsächlich als arbeitslos Gemeindeglieder die maßgeblich sei. Maßgeblich ist die Zahl, welche sich ergibt, wenn man zu den im eigentlichen Sinne Arbeitslosen, deren Familie, deren Angehörige, hinzurechnet, für die sie in normalen Zeiten sorgen, für die sie heute nicht sorgen können, und die deshalb indirekt gleichfalls die Kaufkraft verloren haben.

Darauf kommt es aber an, daß von 60 Millionen Deutschen etwa der vierte Teil, d. h. 15 Millionen zur Zeit nur eine bis auf ein Minimum verringerte Kaufkraft besitzen. Hier liegt eine Quantursache dafor, daß das deutsche Wirtschaftsleben in so erschreckender Weise zusammengekrumpft ist und noch immer weiter zusammenkrumpft.

Wenn ich Ihnen erzähle, daß in den letzten Tagen die einstmalig so glänzenden Verkehrsmittel Berlins nachmals stark eingeschränkt wurden (einzelne Straßenbahn- und Autobuslinien werden ganz eingestellt, bei allen Linien aber wird die Zahl der Fahrten weiter verringert), so ist folgendes der Grund: Ein Teil der Menschen hat überhaupt keine Arbeitsstätte mehr aufzusuchen, bei anderen lösen sich die Arbeitsmöglichkeiten und damit die Verdienste so verringert, daß ein Höchstpreis von 20 Bfg. für die Straßenbahn gepart und zu Fuß gegangen wird. Folge: Weil keine Passagiere da sind, erfolgt Einschränkung der Verkehrsmittel, weil Verkehrseinschränkung erfolgt, werden Verkehrsangelegenheiten überflüssig.

Ein anderes Beispiel: Infolge der Kaufkraftverringering aller — des Kaufkraftanfalls zahlreicher Kunden gehen alle Geschäftszweige, mögen sie nun auf den Verkauf von Lebensmitteln, den Verkauf von Bekleidungsgegenständen oder was sonst immer gerichtet sein, zurück. Es verringern sich dadurch die von diesen Geschäften zu bezahlenden Steuern und Abgaben. Staat und Gemeinde haben aber bereits alle Steuerquellen bis zum letzten

Ich sah den beiden nach. Als sie schon lange meinem Blick entchwunden waren, stand ich noch immer — inmitten einer Bänge — und träumte in die Ferne. Ich freute mich für die Frau, daß sie so leicht und froh hinter ihrem Karren gehen konnte; ich freute mich für den Mann und folgte ihm in Gedanken. Tant wird er ernten, einen trohen Blick.

Tann aber — — wird er gehen. — — Und was wird morgen sein? Wilhelm Vlog (Hamburg).

ausgenutzt, sie müssen also ihre Ausgaben reduzieren, um die Einnahmeverringering auszugleichen. Sie tun das, indem sie, wie z. B. die Stadt Berlin, zahlreiche Schulen schließen und Hunderte von Lehrern abbauen, d. h. neue Arbeitslose schaffen.

Auch dieses Beispiel zeigt, wie die Arbeitslosigkeit aus sich selbst heraus wächst, nach Art eines Krebsgeschwürs, das immer weiter um sich kriecht und immer mehr, bis dahin gesunder, Körpergewebe zerstört.

Run kommt für Deutschland hinzu, daß es in Wirklichkeit ein arm gewordenes Land ist. Es gibt in Deutschland zwar noch einzelne reiche Leute, aber keine wohlhabenden Schichten mehr, die den Anfall an Kaufkraft, wie er durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird, auch nur einigermaßen ausgleichen könnten. Ich bin nicht sicher, ob in anderen Ländern die wohlhabenden Schichten in der Lage wären, einen solchen Anfall an Kaufkraft, wie die Arbeitslosigkeit von rund 5 Millionen ihn zur Folge hat, auszugleichen. Ich fürchte, auch in anderen Ländern wäre das nicht möglich. Zweifellos aber würden hier die Wirkungen nicht so stark spürbar sein, weil neben der Schicht der Kaufunfähigen immer noch breite Kreise Kaufkräftiger Ständen, die den Anfall an Kaufkraft ersehen könnten.

Die Fragen nach den Maßnahmen Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit. Die Beantwortung dieser Frage verlangt eine Vorbemerkung: Fast alles in der Welt kostet Geld. Die wichtigste Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit, die Vergabung öffentlicher Arbeiten, kostet besonders viel Geld; mehr Geld, als den öffentlichen Körperlichkeiten in Deutschland ist ja zur Zeit so groß, daß öffentliche Bauten, anstatt etwa als Notstandsarbeiten fortgeführt zu werden, eingestellt werden müssen. Während ich hier bewundernd sehe, wie ihr junger Staat in den verschiedenen Teilen des Landes und dieser Stadt großartige Bauten auführt, die einen sichtbaren Ausdruck seines entschlossenen Staatswillens bilden, werden sie in Deutschland heute nur wenige öffentliche Neubauten, und auch die wenigen zuweist eingestellt antreffen. — Das geeignetste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, die Vergabung öffentlicher Arbeiten, kommt also für Deutschland, jenes Land, welches, um ein besonders ernstes Beispiel zu nennen, aus Geldmangel seine Tuberkulosefürsorge einstellen muß, heute tatsächlich nicht in Betracht.

Was an anderen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit existiert, ist wenig wirksam, genauer gesagt, in wirksamer Form vorläufig nicht durchführbar. So z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit, die Einführung der 40stündi-

**ODOL-Zahnpasta**  
wirkt zahnreinigend und zahn-  
erhaltend und hat köstlich  
erfrischenden Geschmack.

**Kein Herzkranker soll mehr an Wasserlucht sterben.**

Die großen Fortschritte in der Behandlung der Herzkrankheiten haben es nicht nur erreicht, daß die Reibracht der Herzkranken viele Jahre lang oder gar dauernd ohne ernsthafte Beeinträchtigung der Lebens- und Arbeitsfähigkeit verlaufen können. Sie haben auch das Los der Menschen mit schweren Herzleiden verbessert. War früher das Schreckensbild der hochgradigen Herzwasserlucht sehr häufig zu sehen, das Bild der Kranken mit dem mächtig geschwollenen Bein, der „gestauten“ Körper, dessen Organe und Gewebe infolge der Schwäche des Blutkreislaufes große Flüssigkeitsmengen aufspeicherten, so ist heute die Herzwasserlucht in ihrer stärkeren Ausbildung eine Ausnahme geworden, die eigentlich fast ausschließlich nur noch bei vernachlässigten Kranken anzutreffen ist. Wenig ist es auch heute noch sehr von der Art einer Herzkrönung abhängig, wie lang der ruhelose Motor unseres Blutkreislaufes seine Aufgabe, alle Gewebe und Organe des Körpers mit Nahrung und Sauerstoff zu versorgen, erfüllen kann. Aber auch dies hat die Medizin immer besser gelehrt: wie dem geschädigten Herzen neue Kraft gegeben, ja die Überwindung, die Ausgleichung eines erlittenen Schadens gelang kann. Wo dies nicht oder nicht mehr gelangt, dort muß sich das Erlahmen unseres Lebensmotors wenigstens nicht mehr in so schreckensvoller Weise abspielen, wie es einst der Fall war.

Wir sehen also: Die Fortschritte der Herzbehandlung geben heute dem schuldigen Arzt die

Möglichkeit, leichtere Herzleiden auszugleichen, ernsthafte Fälle gut lebensfähig zu erhalten, schwersten Fällen ein Los, das zum Schreckensbild geworden war, zu erparten. Die souveränen Mittel dieser modernen Herzbehandlung sind einerseits die neuen Quacksilberverbindungen, Injektionspräparate, die in früher nicht geahnter Wirksamkeit imstande sind, den Geweben und Organen des Körpers das in ihnen angestaute Wasser auf dem natürlichen Wege der Darmscheidungs zu entsähen. Andererseits sind es Wirkstoffe, die bei richtiger und zeitgerechter Anwendung rasch und gründlich dem geschwächten Herzmuskel neue Kräfte geben. Das wirksamste dieser Mittel ist das Strophantia, das vor fünfzigjährigen Jahren in den Arzneibüchern aufgenommen wurde, aber erst ganz allmählich zu einer seiner Bedeutung entsprechenden Verwendung gelangt ist; auch die Reichheit der Strophantiabehandlung im Rahmen der gesamten, jetzt so hochentwickelten Kunst der Herzbehandlung mußte erst allmählich entwickelt werden. Heute sind wir so weit, daß immer häufiger von führenden Herzspezialisten darauf aufmerksam gemacht wird, daß es nun Zeit wäre, dem großen Können auch die breiteste Anwendungsmöglichkeit zu verschaffen. Es kommt darauf an, schon die frühesten Herzschädigungen festzustellen, schon zu einer Zeit, wo die Beschwerden des Kranken und der Untersuchungsergebnisse des Arztes noch sehr geringfügig sind. Reichte Anfangsbeschwerden bestehen oft in nichts anderem als in geringfügigen Beklemmungsgefühlen in der Brust, leichter Ermüdbarkeit, mäßigen Atembeschwerden bei sonst mühelos vollzogenen alltäglichen Leistungen, häufigem nächtlichen Urinieren oder öfter auch in Schlafstörungen, insbesondere, wenn ein Mensch nicht mehr wie früher auf der Seite liegen schlafen kann, weil

sein Herz nur die Rückenlage verträgt. Hier werden unsere modernen Behandlungsmittel auch zu diagnostischen Zwecken verwendet! Es zeigt sich nämlich nicht selten, daß unklare Beschwerden bei einem unbedeutenden Untersuchungsbefund am Herzen doch Herzschwerden waren, wenn sie nämlich durch eines der rasch wirkenden Herzmittel zum Verschwinden gebracht werden. Auf die Frühdiagnose aber kommt es an, wenn die wunderbare Macht der Herzmittel in einem noch günstigen Stadium einsetzen soll. Weiter aber kommt es dann auf Pflanzfähigkeit in der Herzbehandlung an, auf zeitgerechte ärztliche Kontrolle und Wiederbehandlung, wodurch jetzt Verschlechterungen bis zu ersten Stadien, die früher noch häufig vorkommen mußten, sehr oft verhindert werden können. Pflanzfähigkeit und nachgehende Fürsorge für den Kranken können auch jene unangünstigsten Fälle, wo ein beträchtlich geschädigtes Herz dem Wirken des Arztes enge Grenzen zieht und Beschwerdefreiheit nicht geschaffen werden kann, vor dem Kersten behüten. Das Schreckensbild des vernachlässigten, unzureichend behandelten Herzleidens müssen endlich auch bei Schwerverkranken vermieden werden. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß auch für die Schwerverkranken die Forderung erfüllt werde, die erst kürzlich ein Heidelberger Professor aufgestellt hat: „Der Herzkranke darf nicht mehr wasserlucht sterben!“

Guter Rat und wirksame Hilfe können heute diese Herzkranken ein gutes, sehr vielen ein erträgliches Leben sichern. Nur müssen die Menschen Rat und Hilfe schähen und in Anspruch nehmen.

Dr. P. St.

gen Arbeitswoche. Ebenso wie die Tschechoslowakei, beachtlichen wie in Deutschland die 40stündige Arbeitswoche gleichfalls vorzuziehen. Ohne daß wir uns davon besonders viel erwarteten, zumal ein großer Teil und darunter die größten der überhaupt noch arbeitenden Betriebe Deutschlands ihre Arbeitszeit bereits fast unter 40 Stunden gekürzt haben, so daß nur noch in Einzelfällen die Einführung der 40stündigen Arbeitszeit zu namhaften Neueinstellungen von Arbeitskräften führen wird. Eine starke Verringerung der Arbeitslosenrate ist also kaum von dieser Maßnahme zu erwarten. Aber auch unter anderem Gesichtspunkte, dem des Kaufkraftwachses, ist nicht viel zu erhoffen, weil die Neueinstellung von Arbeitskräften zu Lasten der Arbeiter gehen würde, welche heute, ohne mehr als das Existenzminimum zu verdienen, mehr als 40 Wochenstunden arbeiten. Denn eine Arbeitszeitverkürzung unter Lohnausgleich, d. h. eine Verkürzung der Arbeitszeit unter Aufrechterhaltung des bisherigen, für die längere Arbeitszeit bezahlten Lohnes, ist in Deutschland jedenfalls zur Zeit kaum erreichbar. Das bedeutet aber, daß, um ein Wort der marxistischen Terminologie (etwas abgewandelt) zu gebrauchen, der Lohnfonds sich nicht vergrößert, und damit naturgemäß auch nicht die Kaufkraft, welche auf Grund der Neueinstellung von Arbeitslosen nur anders zusammengesetzt, aber im ganzen nicht vergrößert an den Markt gelangt. Das aus anderen, sozialpolitischen Gründen, die 40stündige Arbeitswoche gleichwohl zu fordern ist, kann hier nicht erörtert werden.

Eine andere Maßnahme Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit ist die Aufhebung der Erwerbslosen auf dem Lande. Auch hier bereitet der Kapitalmangel größte Schwierigkeiten. Aber es ist ein System erdacht worden, das System der sogenannten primitiv-Siedlung, mittels dessen wir unter Aufwand geringster Kosten eine relativ große Anzahl von Arbeitslosen auf kleinsten Siedlungsstellen anständig zu machen hoffen. Höchst zweifelhaft, ob städtische Arbeitslose sich mit der Aufhebung unter oft sehr primitiven Verhältnissen zufrieden geben, und nur zu hoffen, daß wenigstens für die Zeit der schlimmsten Krise eine gewisse Entlastung der Städte erreicht wird.

Im übrigen muß ich als meine Grundansatzung bekennen, daß keinesfalls Deutschland, und allerseits überhaupt kein Land der Welt, mit national begrenzten Maßnahmen die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen kann. Dazu ist die Erreichung zu sehr in Umständen verankert, die international sind und weit über den Bereich einer Nation, eines Landes, hinausgehen.

Solche Umstände internationaler Art sehe ich in erster Linie in den Arbeitskräfte freilegenden Methoden der modernen Technik, die wir als Technisierung und Rationalisierung der Betriebe bezeichnen. Die mit diesen Begriffen umfassen Fortschritte der Technik sind international angewandt worden und haben wesentlich mit dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit zu einer internationalen Erscheinung zu machen. International muß daher m. E. auch die Abwehr, d. h. die Anpassung der Wirtschaftsverhältnisse an die neuerschaffene Lage erfolgen. Internationale Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen werden zu den Maßnahmen gehören, die dabei zu denken ist.

Die Ansichten über die internationale Bedingtheit der Arbeitslosigkeit sollen aber nicht etwa als nationale Maßnahmen zur Abwehr als überflüssig und auschließlich bezeichnen, im Gegenteil, die Lage der Arbeitslosen ist so ernst, und das Unglück ist wenigstens bei uns in Deutschland so groß, daß alle, nur irgendwie Erleichterung verschaffenden Maßnahmen zumindestens versucht werden müssen. Man soll nur nicht glauben, daß man mit solchen Einzelmaßnahmen Entscheidendes erreichen könne. Vor solchen Überheblichkeiten warnen auch folgende Heberlegung:

Alle Maßnahmen, die in der Welt gegen Arbeitslosigkeit und Krise ergriffen worden sind, mögen sie nun in der Vergabung öffentlicher Arbeiten in Amerika, in der Währungsentwertung Englands, in dem Verbot der Betriebsstillegungen Österreichs oder in einer der zahlreichen Notverordnungsbestimmungen Deutschlands bestehen, greifen irgendwo in das System der individuellen, kapitalistischen Wirtschaft ein, setzen das Gewinnstreben des Einzelnen, als Antreiber des Wirtschaftens, partiell außer Kraft und bestärken gleichzeitig, daß das System der privatkapitalistischen Wirtschaft, anders ausgedrückt, das freie Spiel der Kräfte, der obrigkeitlichen Bevormundung bedarf, um schneller und ohne allzu viele Opfer aus Arbeitslosigkeit und Krise herauszukommen. Wenn es auch zweifellos ist, daß die verschiedenen genannten Maßnahmen der Regierungen in den verschiedensten Teilen der Welt auf diese Weise die Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise verändern und einsengen, und wenn es auch zweifellos ist, daß überall in der Welt dieses Verhalten der Regierungen von der Wirtschaft nicht gebilligt wird, so ist es doch ebenso unzweifelhaft, daß es sich überall nur um Teilmaßnahmen handelt, die es nicht wagen, an das Zentrum der Dinge heranzugehen, d. h. eine grundsätzliche Veränderung des Wirtschaftssystems zu verlangen. Nirgendwo in der kapitalistischen Welt ist in dieser Krise der Versuch gemacht worden, den Plan an die Stelle der freien Konkurrenz, geplante Wirtschaft an die Stelle kapitalistischer Wirtschaft zu setzen, und den Bedarf direkt, d. h. nicht auf dem Umwege über das Gewinnstreben des Einzelnen zum Ausgangspunkt der Produktion zu machen. Solange das aber nicht geschieht, solange wird man in der Tat von den Einzelmaßnahmen keine Behebung der Krise erwarten können!

